

Nein zur Ost-Zuwanderung

Schluss mit Lohndumping und importierter Arbeitslosigkeit

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Selten war ein Urnengang von so einschneidender Bedeutung wie die bevorstehende Volksabstimmung vom 25. September über die geplante Ost-Zuwanderung. **Deshalb sind wir ganz dringend auf Ihre Spende angewiesen.** Diesen Kampf führen wir Schweizer Demokraten beinahe alleine gegen die übermächtigen Wirtschaftsverbände und Gewerkschaftsbosse, den Bundesrat und fast alle Parteien. Ihre Gabe hilft uns, wenigstens ein wenig dem jetzt einsetzenden Trommelfeuer der Befürworter propagandistisch entgegenzuhalten. Für Ihre Gabe danken wir ganz herzlich.

*Ihr Nationalrat Bernhard Hess,
SD-Zentralpräsident*

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern



SD-1.-August-Feier

Wir treffen uns dieses Jahr auf dem schattigen Lindenhof in Zürich (weitere Angaben auf Seite 8). Die SD-Nationalfeier dient gleichzeitig als wichtiger Auftakt des Abstimmungskampfes gegen die für unser Land verheerende Ost-Personenfreizügigkeit.

Sie und Ihre Bekannte, Freunde und Familienmitglieder sind ganz herzlich eingeladen. Unsere Nationalfeier soll eine kraftvolle Demonstration für eine freie, unabhängige und schweizerische Schweiz werden.

Arbeit verlieren?



Ost-Personen-Freizügigkeit

NEIN

Die monatliche Kolumne von alt Nationalrat Valentin J. Oehen, Köniz

Die Politik bewegt sich auf erbärmlichem Niveau

oder – «was kümmerts den Stein, wenn sich das Schwein an ihm reibt?»

Mit solch deftigen Sprüchen äusserte sich der Präsident des Arbeitgeberverbandes am Arbeitgebtag vom 17. Juni und warnte vor den «verheerenden» Folgen eines Nein zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit für die 10 neuen EU-Staaten. Ausserdem erblödete sich dieser feine Herr Rudolf Stämpfli – Frischs «Biedermann und die Brandstifter» zu zitieren im Zusammenhang mit den von den Gegnern des Schengen/Dublin-Abkommens thematisierten Befürchtungen über die Folgen dieser Abkommen.

Das Niveau des vergangenen Abstimmungskampfes war tatsächlich erbärmlich, und nach den Ausführungen des Herrn Stämpfli zu schliessen, wird das Niveau des Abstimmungskampfes zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit noch erbärmlicher werden.

Der Vertrag von Schengen/Dublin wurde zu einem Sicherheitsgewinn für unser Land «umgeschnorrt», während es in Wahrheit um die unkontrollierte Reisefreiheit innerhalb des Schengen-Raumes geht.

Mit missbräuchlich verwendeten Steuergeldern zu Propagandazwecken und gröblichen Manipulationen sowohl des Parlamentes (das nicht einmal Zeit hatte, das Vertragswerk zu studieren!) wie auch und vor allem der im gegnerischen Lager stehenden Spezialisten des Sicherheitsbereiches (Beispiele: Regierungsrätin Fuhrer, Angehörige der Polizei und der Grenzpolizei) haben die Euro-Turbos gerade mal eine knappe Ja-Mehrheit der Stimmen erreicht. Das für einen Staatsvertrag eigentlich notwendige Ständemehr wurde über das fakultative Referendum, das nur das Stimmenmehr rechnet, ausmanövriert.

Ja, Herr Stämpfli, das Niveau des Kampfes war und ist erbärmlich. Mit 10-facher finanzieller Übermacht und gütiger Unterstützung praktisch der gesamten Massenmedien wurden zentrale Aussagen, wie «...im Bestreben abgeschlossen,

dass die immer engere Union zwischen den Völkern der Mitgliedstaaten der EU ihren Ausdruck im freien Überschreiten der Binnengrenzen durch alle Angehörigen der Mitgliedstaaten und im freien Waren- und Dienstleistungsverkehr finden muss.» und «Als Ausgleichsmassnahme für die an der Grenze abgeschafften Personenkontrollen ist der Aus- und Umbau der Sicherheitsinstrumente vorgesehen.»

aus der Diskussion ausgeblendet. Doch nicht nur das! Die Tatsache, dass unser Land wesentliche Hoheitsrechte abtreten muss, wurde schlicht weggelogen. Und jetzt geht es – laut Herrn Stämpfli im Interesse der Exportwirtschaft – im gleichen Stil weiter.

Daueraufenthalt

So verkündete der Herr Arbeitgeberpräsident: «Dank Sonderbestimmungen und flankierenden Massnahmen sei die Angst unbegründet, dass die Schweiz von einer Lawine ausländischer Arbeitskräfte überrollt werde». Er erinnerte daran, «dass die Zahl der Daueraufenthalter bis ins Jahr 2011 von 900 auf maximal 3000 steigen darf. Das Kontingent für Kurzaufenthaltsbewilligungen beginne bei 9000 und erhöhe sich auf 29000. Damit könnten bis ins Jahr 2011 maximal 32000 Kurz- und Daueraufenthalter aus den neuen EU-Staaten in die Schweiz einreisen.» Dabei «vergass» der Herr Arbeitgeberpräsident zu erwähnen, dass sich diese Zahlen auf jedes einzelne Jahr beziehen und dass sie auf Kontingentszahlen der 15 alten EU Staaten aufzuaddieren sind. Diese aber betragen schon heute 15300 Daueraufenthaltsbewilligungen und 115700 Kurzaufenthaltsbewilligungen pro Jahr.

Damit wäre aber für die kommenden 5 Jahre für eine Neueinwanderung aus der EU von rund 130000 Personen zu rechnen. Die Kurzaufenthalter, die in nicht wenigen Fällen aus verschiedenen Gründen schliesslich auch zu Daueraufent-

halten werden – noch nicht eingerechnet. Bei einem Total an Niedergelassenen Ende 2004 von 1090000 Personen stammen heute schon 855000 Personen aus den alten EU Ländern und den beiden EFTA-Staaten.

Da bleibt einfach die Frage im Raum stehen, ab welcher Zahl Einwanderer man von einer Lawine sprechen müsse. Und die Kontingentswirtschaft soll ab 2011 gänzlich wegfallen, also keinerlei Einwanderungseinschränkungen mehr bestehen bleiben. Es ist leicht vorstellbar, dass aus den ärmsten Staaten des ehemaligen Ostblocks zahlreiche Menschen nach Westen drängen werden.

Die Enge in unserem überbevölkerten Lande wird schlimmer werden, die Integration der Einwanderer aus andern Kulturen praktisch unmöglich (wie sieht es schon heute aus in Schulklassen mit 75 bis 100% Ausländerkindern aus x-verschiedenen Nationen!), der Justizapparat wird rettungslos überlastet werden und die Sozialwerke werden in absehbarer Zeit kollabieren.

Dauerwachstum

Ausländer stützen die AHV – behauptet Herr Stämpfli. Das ist eine offensichtliche Lüge. Die AHVberechtigten Ausländer werden im gleichen Rhythmus älter wie die einheimische Bevölkerung, und damit kommt die Tatsache zum Tragen, dass nur die hochverdienenden Versicherten ihre Rente ohne die Anteile der öffentlichen Hand (lies Steuern) sichern können. Oder wollen vielleicht Sie, Herr Stämpfli, die Probleme der AHV-Sicherung über eine kontinuierliche, massive Zunahme der Bevölkerung lösen? Wenn dem so sein sollte, so haben Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht und das Problem «Dauerwachstum» noch nicht studiert!

Es wäre gut, wenn sich Leute wie Herr Stämpfli, aber auch Bundesrat Schmid und seine Kollegen/in mit langfristigen Entwicklungen und ihren Folgen befassen würden. **«Die steinharten Fakten der Naturgesetzmässigkeiten lassen sich tatsächlich nicht beeindrucken, auch wenn sich viele Schweine daran reiben»** – um eine Abwandlung des Wortes des Herrn Arbeitgeberpräsidenten zu gebrauchen. **Und das Benzin auf dem Dachboden der Demokratie sind die un-**

ehrlichen Behauptungen jener, die ihre wahren Ziele – den Beitritt zur EU, die Liquidierung der politisch unabhängigen Schweiz, die Wehrlosmachung der Schweiz durch Eingliederung der Armee in die Nato (via PfP) mit den Drohungen der wirtschaftlichen Gefährdung zu vertuschen suchen.

Wenn übrigens die EU schon heute droht, die bilateralen Verträge aufzukündigen, sollte das Schweizer Volk im September Nein sagen, handelt sie nach dem Wort:

– *Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein!*

Es wäre klug, auf solche Brüder à priori zu verzichten.

Und dann stellt sich noch die Frage bezüglich dem Demokratie-Verständnis der Classe politique in der EU und hierzulande.

Welchen Sinn macht es, dem Volk eine Verfassung oder einen Vertrag zur Entscheidung vorzulegen, wenn es nur die Antwort der Regierung geben darf.

Das Geheul nach der Ablehnung der EU-Verfassung durch das französische Volk und die Niederländer, die Drohungen gegenüber dem Schweizervolk lassen erkennen, dass ein riesiges Defizit in Sachen Demokratieverständnis besteht. Merken Sie sich, Herr Stämpfli, die Brandstifter sitzen auf Ihrer Seite. Salvador de Madariaga, der grosse Liberale, schrieb schon 1958 in seinem Buch «Rettet die Freiheit» (Seite 238):

«Friede ist die Verständigung zwischen Debattierenden. Diese Definition setzt voraus, dass beide Teile wissen, was sie tun, wenn sie sich verständigen. Erreicht der eine Partner dadurch die Übereinkunft, dass er den andern irreführt, so kann das Resultat nicht <Friede> genannt werden.»

Frieden aber möchten wir auch für die kommenden Generationen des Schweizervolkes. An der Seite der machttrunkenen Amerikaner und mit einer Armee als Modul einer Grossmacht Europa, die sich auf der ganzen Welt militärisch einmischen will, werden wir den Frieden verlieren. Darum geht es!

Und nicht bloss um kurzfristige wirtschaftliche Vorteile, wie sie Herr Stämpfli und offenbar ein grosser Teil unserer Regierung vertritt.

Spendenaufwurf

Für die kommende Ausmarchung gegen den freien Personenverkehr mit den Ost-EU-Staaten brauchen wir dringend Geld, viel Geld. Nutzen Sie darum den beigelegten Einzahlungsschein, um uns im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 25. September 2005 kräftig unter die Arme zu greifen. Vielen Dank.

IFASS und Onyx – grosse Ohren für einen kleinen Staat



Hans Steffen,
e. Nationalrat,
Fischenthal

Im Mai wurde im Zürcher Oberländer das «Rüstungsprogramm '05» vorgestellt. Grösster Brocken mit 395 Millionen Franken ist die Beschaffung des «Integrierten Funkaufklärungs- und Sendesystems IFASS».

Es dient dem Erfassen, Verdichten, Triagieren, Aufbereiten und nötigenfalls Stören elektromagnetischer Ausstrahlungen von Funksystemen. Es kann für Armeeaufträge, aber auch für subsidiäre Unterstützung der zivilen Behörden eingesetzt werden. So kann «IFASS dazu dienen, die drahtlose Kommunikation gewaltbereiter Gruppierungen zu erfassen und zu lokalisieren und im Falle eines Einsatzes von Gewalt zu stören... IFASS ist abschliessender Bestandteil eines Verbunds von bereits beschafften Aufklärungs- und Sendesystemen.» (Wortlaut Botschaft des Bundesrates)

Wer gehört wohl noch zu diesem Verbund?

Am 18. März 2005 meldete der Zürcher Oberländer (ZO) kurz, in Heimenschwand (BE) würden zwei neue, zusätzliche Antennen für das Abhörsystem «Onyx» gebaut. Dieses ermögliche den Empfang von Telefonanrufen, Fax, Telex, E-Mail und Informatikdaten, dürfe aber nur für Abhörungen ausserhalb der Landesgrenzen verwendet werden.

Ein Geheimprojekt des Geheimdienstes

Seit Anfang der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts lief ein militärisches Geheimprojekt unter den Namen «Satos 1 und 2» mit dem Zweck, durch elektronische Aufklärung an sicherheitspolitisch bedeutsame Informationen zu gelangen. Auf Antrag von Bundesrat Adolf Ogi stimmte der Bundesrat am 13. August 1997 der Version «Satos 3» zu und verfügte absolute Geheimhaltung. Durch Indiskre-

tionen wurde das Geheimnis gelüftet, und mittlerweile wird die Abhöranlage unter dem neuen Namen «Onyx» von der Generalstabsabteilung Elektronische Kriegsführung (EFK) betrieben. Der Strategische Nachrichtendienst (SND) und der «Dienst für Analyse und Prävention» (DAP) erteilen die Recherchieraufträge und empfangen die Resultate. «Onyx» besteht aus drei Abhörstationen in Zimmerwald (BE), Heimenschwand (BE) und Leuk (VS). Neben der Anlage Leuk betreibt die US-Firma Verestar eine ehemalige Bodenstation des Swisscom und erfüllt Kommunikationsaufträge für das US-Verteidigungsministerium.(!) Der Bundesrat bestreitet eine Verbindung zwischen «Onyx» und «Verestar».

Onyx – der kleine Bruder von Echelon

Unter dem Titel «Warum hast du so grosse Ohren» berichtete das NZZ-Folio Nr. 7/98 über die Tätigkeit der National Security Agency (NSA), die in Fort Meade im US-Staat Maryland beheimatet ist. Die NSA hat unter dem Namen «Echelon» ein weltweit arbeitendes Netz von Horchposten mit Antennen und Supercomputern aufgebaut, welche jede Verbindung, ob Telefon, Fax, Funk oder E-Mail, zu kontrollieren vermögen. Ein spezielles Suchprogramm durchforstet alle über diese Verbindungen laufenden Daten auf bestimmte Schlüsselwörter. Wird eine Meldung mit einem oder mehreren der eingegebenen Suchwörter gefunden, wird dieser herausgefilterte Text an die Zentrale in Fort Meade geleitet, wo er von einem Mitarbeiter gelesen wird. Je nach seiner Beurteilung wird die Meldung entweder als unbrauchbar gelöscht oder aber an interessierte Stellen der US-Administration, an befreundete Geheimdienste oder an Wirtschaftspartner weitergeleitet. NSA ist ein riesiger Spionageapparat.

Fort Meade – eine «schwarze Stadt»

Die NSA-Zentrale ist eine hermetisch abgeriegelte Stadt mit 1670 Gebäuden, in welcher 29 000 Zivil- und 9200 Militärpersonen hinter hohen Elektrozaunen arbeiten. Die NSA ist ein Dienst, den es offiziell

nicht gibt. Er untersteht keiner demokratischen Kontrolle. Über Budget und Personalstärke gibt es keine offiziellen Angaben. Nach Schätzungen belaufen sich die jährlichen Kosten auf über 20 Milliarden US-Dollars und man rechnet weltweit mit bis zu 100 000 Mitarbeitern.

«Big Brother» hört mit

Wer sich mit den vielfältigen Lauschmöglichkeiten unter den Stichworten «Onyx» oder «Echelon» und auch mit dem geplanten

System IFASS beschäftigt, wird unwillkürlich an den Zukunftsroman «1984» des englischen Schriftstellers George Orwell erinnert. Bekanntlich wendet sich Orwell in seinen Romanen gegen die Diktatur und gegen den totalitären Staat und beschreibt in prophetischer Manier zukünftige Methoden, mit welchen die totale Herrschaft über die Massengesellschaft erreicht werden könnte. Die individuelle Freiheit ist bedroht, der «gläserne Mensch» lässt grüssen und die politischen Lämmer schweigen...

**Schweizer
Demokraten**



EU-Personenfreizügigkeit: massive Missbräuche!

von Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralpräsident, Bern

Die Schweiz ist wohl das einzige Land, welches unter «einheimisch» nicht nur die eigenen Bürgerinnen und Bürger versteht, sondern auch alle hier lebenden Ausländer mit Aufenthaltsbewilligungen. Wir Schweizer Demokraten sind aber nicht bereit, bei dieser Umdeutung des Begriffes «einheimisch» mitzumachen. Für uns sind Einheimische nach wie vor Schweizerinnen und Schweizer – und sonst niemand – Punkt, Schluss!

Die sogenannten «Selbständigerwerbenden»

Immer mehr Selbständigerwerbende drängen aus dem EU-Raum in unser Land und wollen bei uns arbeiten. Selbständigerwerbende profitieren von unserer Niederlassungsregelung. Wie funktioniert das also in unserem Lande mit den Selbständigerwerbenden, die kommen wollen? – Jeder kann in die Schweiz als Selbständigerwerbender einreisen und hat dann absolut Anspruch auf eine Niederlassungsbewilligung, selbstverständlich mit Familiennachzug. Das flankierende Gesetz wirkt hier kaum. Und wie bewerkstelligen diese angeblichen Selbständigen das nun? Man kommt in die Schweiz mit der Behauptung, zum Beispiel eine Reinigungsfirma eröffnen zu wollen. Diese «Firma» besteht dann aus dem Einwanderer selbst und eventuell seiner Ehefrau oder andern Familienangehörigen oder Freunden. Man eröffnet eine Firma für Personalberatung. Ein Natel und eine «Anmeldung» reicht, und schon hat man eine Firma. Auch so kann man jede Menge Freunde neu ins Land schleusen. Und da können sie

in das Gesetz «zum Schutze» von uns allen, in die sogenannten flankierenden Massnahmen, schreiben was sie wollen, es ist nicht durchführbar, die Kontrollen greifen nicht. Die strömen nun also ins Land und bieten ihre Dienstleistung zu Tiefstpreisen an. Und die Folge davon wird sein, dass unser Gewerbe und unsere Industrie immer mehr Probleme bekommen, weil sie mit diesen tiefen Arbeitsangeboten nicht mithalten können. So entsteht ein Lohndruck auf alle Löhne in unserem Land. Unser aller Löhne werden mit dieser Freizügigkeit nach unten nivelliert. Diejenigen der Einheimischen und diejenigen der Ausländer, welche schon länger in unserem Land arbeiten. Gewisse Kreise wollen mit diesem freien Personenverkehr unsere Löhne drücken, um so mehr Profit für sich herauszuholen. Das und nur das steckt dahinter, wenn sie von der Öffnung des schweizerischen Arbeitsmarktes reden. Diese Öffnung liege angeblich im Interesse der Schweiz. Die Öffnung des Schweizer Arbeitsmarktes erlaube den schweizerischen Unternehmen angeblich, auf ein stark erweitertes Arbeitskräfteangebot zurückzugreifen. Sie reden also davon, dass mit der Öffnung des schweizerischen Arbeitsmarktes billige Arbeitskräfte an Land gezogen werden, und unsere Leute können dann schauen, wo sie bleiben.

Es begann mit der deutschen Welle

Beispielsweise sind in Ostdeutschland bereits die Arbeitsämter aktiv geworden. Die haben 20% Arbeitslosigkeit – unter anderem auch eine Frucht der gescheiterten EU-Arbeitsmarktpolitik – und nun organisieren sie so genannte «Schweizer Tage». Da pilgern jeweils bis zu 200 Arbeitslose an solche Veranstaltungen und viele bringen dann gleich ihre Bewerbungsunterlagen mit. Und schon mancher hat in den vergangenen Monaten so einen Billigst-Arbeitsvertrag abgeschlossen, um in der Schweiz zu arbeiten. Seit einiger Zeit stellt man beispielsweise in Zürich fest, dass bestens qualifizierte Spitzenleute aus Deutschland zu uns kommen, um Spitzenjobs zu ergattern. Die Deutschen sind laut amtlichen Feststellungen die grösste Gruppe. Sie haben prozentual bereits mehr Führungskräfte und Akademiker als es wir Einheimischen haben. Die Ämter erwarten nun noch zusätz-

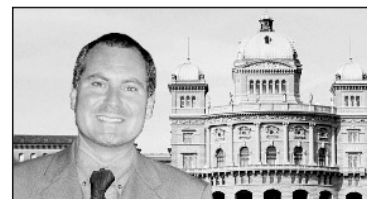
lich, dass auch aus dem Osten immer mehr solcher arbeitsloser Kaderleute zu uns kommen. Sie drücken bei uns die Löhne und regieren in der Arbeitswelt – wortwörtlich gesagt – zunehmend über uns. Damit nimmt man immer mehr einheimischen Kaderleuten die Möglichkeit, sich beruflich entwickeln zu können. Eine weitere Welle würde mit der Ost-Personenfreizügigkeit noch kommen.

Verstöße werden kaum geahndet

Flankierende Massnahmen und ein so genanntes Entsendegesetz sind ja schön und gut. Aber sie müssten wirken. Das tun sie aber nicht, weil sie erstens kaum kontrollierbar sind und zweitens kaum wirksame Strafsanktionen dagegen ausgesprochen werden können. Die kantonale Behörde kann eine Busse bis zu einer Höhe von 5000 Franken verhängen. Das tönt ja wunderbar. Aber was sind schon 5000 Franken Strafe? Zudem ist das nur ein Höchststrafmass, das kaum je zur Anwendung kommt. Und die Kantone können das alles nicht kontrollieren. Die sind völlig überfordert. Da müssten wir ja hinter jedem Baum einen Kontrolleur aufstellen. Und dann muss man leider auch diese Tendenz feststellen, dass es Billigstunternehmer gibt, die Bussen bewusst in Kauf nehmen und einfach dreist weitermachen. Das haben verschiedenste Baustellenkontrollen der Gewerkschaften in letzter Zeit aufgedeckt.

Kurzeinsätze, Kontrollnotstand, Temporärfirmen

Die Arbeitslosenraten sind in den neuen Ost-EU-Ländern durchschnittlich bei gut 15% oder höher. Da ist es doch völlig klar, dass sehr viele ihr Glück im Paradies Schweiz versuchen wollen. Der Druck auf unser Land wird immer mehr zunehmen. Es ist schon heute so, dass die Einwanderung aus den alten EU-Ländern stetig zunimmt. Seit dem 1. Juni 2004 (Beginn der freien Einwanderung mit den alten EU-Ländern) haben wir in allen Grenzregionen mehr Grenzgänger, die ins Land drängen. Ganz schlimm ist dies im Tessin, im Raum Basel und auch in Genf. Laut dem Bundesamt wurden in der kurzen Zeit, seit die Personenfreizügigkeit mit den alten EU-Ländern in Kraft ist, vom Juni 2004 bis Dezember 2004 bereits mehr als 3000 Grenzgänger mehr ins Land gelassen als vorher – Ten-



denz weiter steigend. Seit dem 1. Juni 2004 sind ja bekanntlich auch sogenannte Kurzeinsätze von ausländischen Arbeitnehmern in unserem Land möglich. Bei Einsätzen unter 90 Tagen ist keine Bewilligung notwendig. Die Einsätze müssen nur angemeldet werden. Da geht es um sehr viele Fälle. Von Juni 2004 bis September 2004 wurden über 37'000 Kurzeinsätze von Leuten aus der EU angemeldet. Und dazu kommen dann noch all diejenigen, welche unkontrolliert als Schwarzarbeiter bei uns arbeiteten in dieser Zeit. In einigen Regionen verstießen bis zu einem Drittel der Kontrollierten gegen das Entsendegesetz, gegen die sogenannten flankierenden Massnahmen, die man angeblich zu unserem Schutze beschlossen hat. Im Gastgewerbe herrsche Kontrollnotstand, war letzthin zu lesen. Die Gewerkschaften haben eine riesige Liste von Verstößen publiziert. Sie stellten fest, dass Temporärfirmen, welche die Arbeiter aus dem Osten für einige Tage oder Wochen in die Schweiz holen, diese für unglaublich wenig Geld arbeiten liessen. So sagte doch jüngst ein Gewerbeamann: «Wenn wir in Liestal einen Gipser antreffen, der aus Jena in Thüringen anreist, dann fährt der auch noch vierzig oder fünfzig Kilometer weiter bis in den Kanton Luzern, um Arbeit zu haben.» In Extremfällen verdienten solche EU-Arbeiter nicht einmal die Hälfte des in unserem Lande üblichen Ansatzes von 25 Franken. Der bisher krasseste Fall war ein Schreiner, der für 9 Euro Stundenlohn, das sind etwa 13,50 Franken, arbeitete. Wie soll da Schreinermeister Häberli von nebenan gegen diese Konkurrenz bestehen können?

Scheinselbständige mit Versicherungsausweis

Sie haben auch verlangt, dass sich sogenannte «Scheinselbständige» klar als solche ausweisen müssten. Sogenannte «Scheinselbständige» dürfen seit Juni 2004 ohne Bewilligung bei uns in der Schweiz arbeiten. Sie haben von ihrer Heimat manchmal sogar einen Versicherungsausweis als Selbständige. Die sind ja oftmals froh, wenn

PERSONENFREIZÜGIGKEIT
NEIN



MEHR BILLIGARBEITER
MEHR ARBEITSLOSIGKEIT

sie diese Leute abhaben! Und trotzdem arbeiten sie dann in unserem Land oft als angestellte und abhängige Beschäftigte für einen Arbeitgeber. **Im Übrigen gibt es bereits Schweizer Temporärfirmen, welche über Niederlassungen im EU-Ausland Billiglohnarbeiter zu uns schleusen.** Und da sollen wir in die Politik noch Vertrauen haben?

Neulich haben wir von einem anderen Trick gehört. Dank des Landverkehrsabkommens mit der EU werden aus den Grenzregionen um unser Land herum Lokomotivführer, Lehrer und Ärzte rekrutiert. Die arbeiten nun für weniger Lohn und verdrängen zunehmend Einheimische. Da dürfen wir uns nicht mehr wundern, wenn trotz Wirtschaftswachstum die Arbeitslosenzahlen in unserem Land laufend ansteigen.

Wer glaubt schon an Notmassnahmen?

Das Parlament hat noch die Möglichkeit festgeschrieben, **dass man bei hoher Zuwanderung als Notmassnahme für einige Jahre Höchstzahlen festsetzen kann. Die hätten doch nie den Mut, Grenzen zu ziehen und Notmassnahmen einzuleiten, denn das bräuchte Rückgrat.** Und so etwas wie ein Rückgrat haben in unserem Lande nur noch wenige Politiker.

Unser Niveau würde nach unten sinken

Man ist daran, mit diesen Bilateralen Verträgen den noch relativ gesunden Wirtschaftsstandort Schweiz zu ruinieren. **Der stabile Arbeitsmarkt soll einer wirtschaftlich erzwungenen Völkerwanderung geopfert werden.** Bisher haben wir uns nämlich wohlthuend abgehoben gegenüber den teilweise herabgewirtschafteten Volkswirtschaften in den EU-Ländern, wo Massenentlassungen an der Tagesordnung sind. Unser Land hat einen hohen Standard. Sozial, ökonomisch, aber auch was beispielsweise den Umweltschutz betrifft. **Wir sind es uns auch gewohnt, Qualitätsware zu liefern.** Wenn wir nun all die EU-Regeln übernehmen – und das ist eine alte Wahrheit – würde es wohl sehr schnell so weit kommen, **dass wir uns in jeder Beziehung herunternivellieren würden.** Wir kämen dann ins gleiche negative Fahrwasser, wie verschiedene EU-Länder das schon sind. Wollen wir das wirklich?

Die Türken und Albaner kommen

Wenn wir jetzt Ja sagen würden zur Ausweitung des freien Perso-

nenverkehrs auf die neuen Ost-EU-Länder, dann könnte man nachher wohl kaum mehr dessen Ausdehnung auf die Türkei verhindern. Dann gute Nacht, arme Schweiz! Denn es stehen auch andere bereit zum Sturm auf die Schweiz, zum Beispiel einige weitere Balkan-Länder, die noch vor der EU-Tür warten. Rumänien, Bosnien, Kroatien, Bulgarien, Serbien, Mazedonien und Albanien gibt es ja auch noch. Dort hat es bekanntlich auch manche Leute ohne festen Wohnsitz. **Wir importieren so die Armut in unser Land. Was folgt, wäre eine Einwanderung in unsere guten Sozialversicherungsnetze, in die Arbeitslosenkasse oder in unsere feudale Krankenversicherung.**

Und, was passiert mit einem Menschen, der im Rahmen unserer Freizügigkeitsgesetze regulär zu uns gekommen ist und anfänglich sogar gearbeitet hat, dann aber arbeitslos wird? Wir haben den dann zu unterhalten – mitsamt seinem Anhang. Nein, das wollen wir nicht. Solche Leute haben wir schon zur Genüge im Land. **Und die Dummen sind immer wir braven Steuer- und Abgabebahlen.**

Sehnsucht nach Mark und Lira. Der Euro schwächelt immer mehr. Die EU steckt in einer tiefen politischen und finanziellen Krise. Niemand weiss, wie es weitergeht. Und ausgerechnet in dieser Situation will der Bundesrat (ohne Volksabstimmung) der EU 1 Milliarde Schweizer Steuerfranken für den EU-Kohäsionsfonds zukommen lassen. Zu dieser sinnlosen Steuer-geldverschleuderung sagen wir NEIN!



Übervölkerung und freier Personenverkehr



*Dr. Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat SD,
Dübendorf*

Die Schweizer Öffentlichkeit hat sich bisher vorwiegend mit den Problemen befasst, welche sich durch die bevölkerungsmässige Überfremdung aus einer nicht endenden wollenden Einwanderungsbewegung ergeben. **Aber nicht nur Überfremdung, auch die Übervölkerung, die zu hohe Bevölkerungsdichte, ist ein Problem!** Im Zweiten Weltkrieg betrug die Bevölkerungszahl der Schweiz 4 Millionen. Seither und früher vorwiegend, später ausschliesslich durch Einwanderung ist diese auf offiziell 7.5 Millionen, mit den Illegalen bald wohl auf 8 Millionen angewachsen! Dies ist nicht etwa nur eine Folge der Zuwanderung von Asylbewerbern, sondern vor allem von ordentlichen Arbeitskräften unter dem Stichwort Fremdarbeiter (später unzutreffend Gastarbeiter genannt; Gäste gehen aber wieder heim!) **Durch das neue Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU wird die Einwanderungsbewegung in die Schweiz zusätzlich angeheizt und die falsche Politik der Vergangenheit, welche die zunehmende Übervölkerung der Schweiz bewirkt, weitergeführt!**

In jedem Lehrbuch der Ökologie ist nachzulesen, dass es zwischen der Bevölkerungsdichte und der Belastung des Ökosystems, sprich den Problemen mit der Umwelt,

einen Zusammenhang gibt. **Hohe Siedlungsdichte raubt seltenen Wildtieren und Pflanzen den Lebensraum, erhöht den Abfallberg, verschmutzt lebenswichtige Güter wie Atemluft, Wasser, Erdreich und Nahrungsmittel.** Sie führt zu unlösbaren Verkehrsproblemen, und zwar im privaten wie im öffentlichen Bereich, **und steigert den Energieverbrauch.** Die Landschaft wird wegen des wachsenden Infrastrukturbedarfs zubetoniert. Anstrengungen der Natur- und Umweltschutzorganisationen, welche der Bevölkerungszunahme nicht die nötige Aufmerksamkeit schenken, zielen dabei ins Leere! Der technische Umweltschutz wird durch die nackten Zahlen zunichte gemacht. So wird der Katalysator wirkungslos, weil die Herabsetzung der giftigen Auspuffgase beim einzelnen Motorfahrzeug durch deren grössere Zahl überkompensiert wird.

Dieser Tatbestand wird von den Regierungsparteien einschliesslich der Grünen verschwiegen und ignoriert, weil das Stimmvolk auf den richtigen Gedanken kommen könnte, Wirtschaftswachstum und Bevölkerungswachstum würden sich gegenseitig aufschaukeln. Ausserdem führt hohe Bevölkerungsdichte mit dem Verschwinden von Erholungsgebieten, Freiräumen und Naturoasen sowie dem Gefühl der Enge erfahrungsgemäss auch zu psychischen Störungen. Neurosen und nervöse Erkrankungen nehmen zu, Familien zerfallen und vor allem erhöhen sich die Kriminalitätsziffern. Es lässt sich nachweisen, dass die Verbrechensraten in dicht bevölkerten Gebieten immer höher sind.

25. September 2005: Wir wollen frei entscheiden und sollten uns nicht von der EU oder dem Bundesrat zu einer Zustimmung «erpressen» lassen!

NEIN stimmen heisst weit-sichtig und mutig handeln – gemeinsam sind und bleiben wir stark.

*Rudolf Keller,
SD-Landrat / e. Nationalrat*

Stromausfälle und Atompolitik



Rudolf Keller,
Landrat,
e. Nationalrat,
SD-Zentralprä-
sident,
Frenkendorf/BL

Vor kurzem war es mal wieder so weit. Bei den SBB ist im ganzen Land das Stromnetz zusammengebrochen. 2 Tage später nochmals in der Westschweiz. Kürzlich konnten wir alle für 2 Stunden nicht mehr Radio hören – Strom weg! Mitte Juni 2005 hatte Liestal und Umgebung für 2 Stunden keinen Strom mehr. Vor einem Jahr konnte man landesweit nicht mehr mit Kreditkarten einkaufen, weil kein Strom mehr aus den Leitungen floss... Solche und ähnliche Situationen werden wir immer mehr erleben.

Die SD haben dieses Problem vorausgesehen. Seit Jahren schreiben wir in unserem weit-sichtigen Politischen Programm: Je mehr Energie in ein System eingeführt wird, umso mehr wird dessen Wachstum angeheizt und umso störungsanfälliger wird es.

Das kommt davon, wenn man die Stromversorgung zunehmend stärker zentralisiert. Grosse «Stromkonzerne», mit ihren Strombaronen an der Spitze, beherrschen dieses finanziell äusserst lohnenswerte Abzocker-Geschäft mit dem Strom. Das ganze Land, ja ganze Kontinente hängen an denselben Stromleitungen. Das hat natürlich System und wird von den grossen Wirtschaftsführern bewusst so gemacht. **Wer im Besitze des Stroms ist, hat grosse Macht, die er ausüben kann!** Aber dieser Stromzentralismus hat grosse Nachteile. Da braucht es nur mal irgendwo einen Unterbruch, und schon steht alles still. Es gibt Firmen, welche an jedem Arbeitsplatz einen Computer stehen haben. Kein Strom heisst dann, dass man nicht arbeiten kann. **Wir sind heute total stromabhängig. Alles steht still, wenn Strom nicht will. Und das ist für unsere Zukunft und Unabhängigkeit gar nicht gut!** Die heutige Energiepolitik müsste dringend überdacht werden.

Deshalb stehen und standen wir Schweizer Demokraten immer für eine andere, kleinteiligere und

Mehr Einwanderung = mehr Menschen = mehr Stromverbrauch – und umgekehrt!

ökologischere Strom- respektive Energiepolitik ein.

In unserem politischen SD-Programm für die Legislaturperiode 2003 bis 2007 steht unter dem Titel «Energiepolitik» folgendes zu lesen:

«Energiepolitik darf sich nicht nach den vermeintlich zwingenden Bedürfnissen von Wirtschaft und Konsumenten richten, weil der Energieverbrauch ohne wirksamen Gegendruck stetig zunehmen wird. Vielmehr muss die Forschung Wege aufzeigen, wie der Energieverbrauch verringert werden kann. Mehrverbrauch belastet die Umwelt.

Wir fordern:

- Förderung von Wärmeisolationen an Gebäuden und Anlagen;
- Einführung einer sozialen Energieverbrauchssteuer;
- Abschaffung der Mengenrabatte bei allen Energieträgern;
- Vermeidung unnötiger Klimaanlagen;
- Förderung energiesparender Techniken, zum Beispiel Wärmekraftkopplung, Wärmepumpen, Nutzung der Sonnenenergie für die Warmwasseraufbereitung;
- schrittweisen Ersatz der umweltschädlichen Energieerzeugung aus erschöpfbaren Quellen (fossile Energieträger, Uran) durch umweltfreundlichere und erneuerbare Quellen (Wasser, Sonne, Wind, Holz, Erdwärme);
- Bauten mit Sonnenkollektoren;
- Ausbau und Erneuerung älterer Wasserkleinkraftwerke.»

Mit all diesen Massnahmen könnte man einerseits die Energieproduktion auf verschiedenste starke und voneinander weitgehend unabhängige Standbeine stellen und die Stromversorgung langfristig und ökologisch vernünftig sichern. Andererseits wären wir alle nicht mehr so abhängig von nur einem Stromlieferanten. Das bedeutet, dass unser Parteiprogramm bestens durchdacht und auf die Zukunft ausgerichtet ist.

Atomstrom ist veraltet!

Momentan drohen uns die Stormbarone wieder mit Stromknappheit in einigen Jahren. Damit wollen sie uns unter Druck setzen, damit wir dem Bau eines neuen Atomkraft-

werks zustimmen sollten. Man muss sich bewusst sein, welche technische, ökologische und gesundheitliche Probleme die veraltete Technologie der Atomkraft in sich birgt. **Nach wie vor ist die Entsorgung von giftigen, strahlenden atomaren Abfällen eine nicht gelöste Frage.** Und spätestens seit dem schrecklichen Atomunfall von Tschernobyl weiss man, was für verheerende Schäden die Atomkraft anrichten kann, wenn es zu technischen Problemen oder menschlichem Versagen kommt. Aus dem grenznahen elsässischen Atomkraftwerk Fessenheim hören wir auch immer wieder fragwürdige Nachrichten über Pannen und Pleiten. Deshalb fordern wir in unserem Parteiprogramm auch: → den mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Es gibt in Europa fortschrittliche Länder, welche mittelfristig aus ihren Atomprogrammen aussteigen wollen. Die Forschung zur Förderung von alternativen Energiegewinnungsanlagen muss deshalb überall und auch in unserem Lande forciert werden. Und eigentlich ist es heute den meisten Leuten klar: **Atomkraft ist out!** Ausbaufähig wären die Solarenergie,

Energie aus Wind (an der Nordsee und in Spanien sind grosse Windkraftwerke im Bau), die Erdwärmegewinnung, in sich geschlossene Energiekreisläufe, ja sogar die vermehrte Energiegewinnung aus einheimischem Holz und vieles mehr. **Wir können mit vielfältigsten Massnahmen genügend Strom erzeugen und andere umweltverträglichere Wege der Energieerzeugung beschreiten,** ohne dabei in Energieengpässe zu laufen und auch ohne bestehende Arbeitsplätze zu gefährden. **Die Förderung neuer umweltfreundlicher Technologien brächte uns im Übrigen neue, anspruchsvolle und qualifizierte Arbeitsplätze, die man grösstmehrheitlich mit einheimischen Leuten ausfüllen könnte!**

Das ganze ist eine Frage des Willens. Es stellt sich nämlich die Frage, wofür wir immer noch mehr und noch mehr Wachstum überhaupt brauchen? Wachstum, das in unserem Lande im Übrigen nur zu bewerkstelligen ist mit immer mehr Fremdarbeitern. Wollen wir dieser «Atom-Fremdarbeiter-Politik» wirklich Vorschub leisten?

Echo auf SD Juni 2005:

Ärztlicher Standpunkt zum Interview mit Herrn Frischknecht

Vom ärztlichen Standpunkt aus kann man die Antworten, die Herr Martin Frischknecht im Interview mit dem Chefredaktor gegeben hat, nicht einfach auf sich beruhen lassen. Ein Kommentar drängt sich zu verschiedenen Antworten auf. Am meisten zum Widerspruch reizen allerdings die Ausführungen zum Impfen. Zwar ist es zutreffend, dass es auch unter Ärzten eine Diskussion gibt, in welchem Alter, gegen welche Krankheiten und ob gegen gewisse Krankheiten überhaupt geimpft werden soll. Dass im Artikel aber gegen das Impfen allgemein vom Leder gezogen wird, muss heftigen ärztlichen Widerspruch herausfordern! Die Massenimpfungen der Bevölkerung haben uns, verglichen zum Mittelalter, von den grossen Plagen der Pest, Cholera, des Typhus, der Diphtherie, anderer Infektionskrankheiten und zuletzt noch der Kinderlähmung erlöst und sind ein

grosser medizinischer Segen! Wer wünscht sich schon die Pestepidemien des Mittelalters zurück! Zwar stimmt es, dass es in seltenen Fällen – im Rahmen von etwa 100 000 bis einer Million zu eins – zu gesundheitlichen Komplikationen kommt. Impffegner gewissermassen zu Helden zu stilisieren, ist jedoch völlig falsch. Es sind Profiteure, die von den Massenimpfungen in ihrer sozialen Umgebung profitieren, weil durch sie die Epidemien zurückgebunden werden, das Risiko von Impfkomplicationen selber aber nicht tragen wollen!

Dr. med. Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat

EU-Ende schneller als erwartet?



Dr. Dragan
Najman,
Einwohnerrat,
Grossrat,
Baden

Seit dem Schweizer EWR-Nein habe ich immer wieder die Meinung geäussert, dass heimat-treue patriotische Schweizer vor den Machenschaften unserer Landesverräter, pardon, ich meine natürlich unserer Landesväter (ist es bloss Zufall, dass diese beiden Wörter so verflucht ähnlich sind?), welche die Schweiz am liebsten heute statt morgen in die EU zwingen wollen, nicht gross Angst zu haben brauchen. Denn, bevor der Bundesrat die Schweizerinnen und Schweizer für den EU-Beitritt «weich geklopft» haben wird, ist die EU in der heutigen, diktatorischen Form schon längst wieder auseinander gefallen. Die Beispiele Sowjetunion und ehemaliges Jugoslawien haben doch gezeigt, dass ein künstliches, nur mit Macht von oben zusammengewürfeltes Sammelsurium von Staaten und Mentalitäten nicht lebensfähig

ist. Wie kann also ein vernünftiger Mensch denselben Fehler begehen? Welche Gemeinsamkeiten haben z.B. Finnen und Sizilianer, Griechen und Engländer? Ein solches künstliches Gebilde, wo sich die Bürger dieser Staaten in den seltensten Fällen mittels Volksabstimmungen oder Referenden zu den Beschlüssen ihrer Regierungen und anschliessend von «Brüssel» äussern können, ist auf Dauer nicht lebensfähig.

EU-Ende naht schneller als erhofft

Nach den Abstimmungen über die EU-Verfassung in Frankreich (54% Nein-Anteil) und in Holland (63% Nein-Anteil) ist die EU in der heutigen Form praktisch gestorben. Die EU-Verfassung muss nämlich einstimmig gebilligt werden. Die EU-Kommissäre (dieser Ausdruck für die «EU-Regierung» in Brüssel zeigt deutlich, welchen Geist die EU hat) versuchen jetzt zwar zwanghaft zu behaupten, die beiden Nein seien «nicht so schlimm» und «die EU-Verfassung könne doch noch eingeführt werden». Bedenkt man aber, dass Frankreich mit Deutschland zusammen der eigentliche «Führer» des EU-Gebildes ist und Holland ein eigentlicher Urstaat der EU ist, wiegen diese beiden Nein besonders schwer. Die Niederlande können als «Urstaat» bezeichnet werden wie Uri, Schwyz und Unterwalden als Urkantone der Schweiz, denn die Niederlande haben mit Belgien und Luxemburg die Benelux-Union eingeführt, lange bevor die EU auch nur geplant war. In Grossbritannien und Irland, wo auch das Volk über die EU-Verfassung wird abstimmen können, war ein Nein schon vor den beiden Nein in Frankreich und Holland fast sicher, und jetzt erst recht. Und es ist praktisch sicher, dass die Deutschen klar Nein stimmen würden, wenn die neuen «Führer» in Berlin eine Volksabstimmung zulassen würden. Auch Dänemark gehört zu den «Wackelstaaten». Das neueste EU-Debakel, nämlich der Streit um die EU-Finzen, hat deutlich ge-



zeigt, dass die EU bei wichtigen Fragen unfähig ist, einen gemeinsamen Nenner zu finden, geschweige denn als geeinter Staat aufzutreten. EU-Gegner ist es die reinste Freude zuzusehen, wie sich Deutschland, Frankreich und England gegenseitig die Schuld zuschieben für das klägliche Scheitern der Verhandlungen über den EU-Finanzhaushalt. Und auch die Niederlande sind nicht weiter gewillt, mit Deutschland zusammen die grösste finanzielle Melkkuh der EU zu sein. Wie heisst es so schön «die schönste Freude ist die Schadenfreude».

Aufspringen auf einen in den Abgrund fahrenden Zug?

Dass viele Leute, Parteien, Staaten gern auf einen zum Erfolg fahrenden Zug aufspringen wollen, ist verständlich. Aber wollen wir Schweizer beziehungsweise unser Bundesrat und auch andere komische EU-Anhänger-Heinis wirklich

auf einen im Schnellzugstempo in den Abgrund fahrenden Zug aufspringen? Das kann doch nicht wahr sein!

Deshalb Nein zur Personenfreizügigkeit aus dem Ostblock

Ich schreibe bewusst Personenfreizügigkeit «aus dem Ostblock» und nicht mit dem Ostblock, denn diese Personenfreizügigkeit wird noch mehr als die bisherige mit den 15 «alten» EU-Staaten (wenn wir schon bei den Zügen sind) zu einer Einbahnstrecke. Wieviele Schweizerinnen und Schweizer werden wohl in den zehn neuen EU-Staaten (ebenso wie in den 15 bisherigen) eine Stelle oder gar eine Lehr- oder Studienstelle finden? Die EU-Staaten haben doch schon mehr als genug eigene Arbeitslose. Die werden Schweizer Arbeitssuchende wohl kaum mit offenen Armen empfangen mit den Worten «Danke vielmals, dass ihr gekommen seid, auf euch haben wir gerade noch gewartet.» Nach dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien, der auf den 1. Januar 2007 beschlossen worden ist, geht der EU-Schnellzug noch schneller bergab. Und wenn es nach dem Willen der EU-Diktatoren in Brüssel geht, wird bald auch die Türkei in die EU kommen. Das wäre das endgültige Ende nicht nur der EU, sondern von Europa als Ganzes und damit der abendländischen Kultur.

Das Schweizer Volk hat am 25. September die wohl letzte Chance, mit einem klaren Nein den Bundesrat und andere EU-Befürworter in die Schranken zu weisen. Ein Ja würde einem Fallschirmabsprung ohne Fallschirm gleichen.

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten SD +

SD-Zentralsekretariat

Postfach 8116, 3001 Bern

Telefon 031 974 20 10

Telefax 031 974 20 11

Postkonto 80-2270-0

(Zentralkasse Killwangen)

Internet:

www.schweizer-demokraten.ch

E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat

Postfach 8116

3001 Bern

Redaktoren:

Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralpräsident, Bern (CR)

Rudolf Keller, Präsident
SD Basel-Land, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerrat, Baden

Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen

Um Kosten zu sparen, bitten wir Sie bei der doppelten Zustellung uns eine Meldung zu machen. Vielen Dank. Die Redaktion

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern,
Telefax 031 974 20 11,
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Das aktuelle Buch:

Dr. med. Jean-Jacques Hegg

Biopolitik. Der Mensch in der Zerreissprobe zwischen Alt- und Neuhirn

Sfr. 44.- (ohne Porto), erhältlich beim Verfasser, Greifenseestr. 35, 8600 Dübendorf, Tel. 044 820 02 88, E-Mail info@jhegg.ch oder Website www.jhegg.ch

Der Autor, Facharzt FMH für Psychiatrie und ehemaliger Nationalrat, legt wissenschaftlich dar, warum der so genannte freie Personenverkehr eine falsche politische Option bedeutet.



1.-August-Feier 2005 der Schweizer Demokraten

(SD-Kampagnenstart gegen die Ost-Zuwanderung)

Herzlich willkommen auf dem Lindenhof in Zürich!!

Die Sektion Zürich-Stadt freut sich, Sie zur traditionellen Bundesfeier der SD einladen zu dürfen. Wir treffen uns dieses Jahr **auf dem schattigen Lindenhof** (dem ehemaligen Römerkastell von Turicum) mitten in Zürichs malerischer Altstadt, wenige Minuten vom Hauptbahnhof entfernt.

Unser Festprogramm

10.30 Uhr Begrüssung durch den Präsidenten der Zürcher Stadtpartei, Ueli Brassler.
Gemeinsames Singen der alten Nationalhymne («Rufst du, mein Vaterland...»).

11.00 Uhr **Ansprache von Nationalrat Bernhard Hess (SD), Bern.**

Festwirtschaft mit Würsten vom Grill und Getränken.

15.00 Uhr SD-Kampagnenstart gegen die Ost-Personenfreizügigkeit:
Landrat/e. Nationalrat Rudolf Keller spricht zur Ost-Zuwanderung und stellt das SD-Werbematerial (Klein- und Weltformatplakate, Kleber, Abstimmungszeitung) vor.
Anschliessend gemeinsames Singen der Nationalhymne.

Toni Bottinelli, Zürich, begleitet das Fest musikalisch mit seinem Keyboard.

Programmleitung: Kurt Koller

Anreise

Wir empfehlen dringend, zur Anreise die **öffentlichen Verkehrsmittel** zu benützen:

Anreise mit dem Zug ab Basel 9.07 Uhr, Bern 9.02 Uhr, Aarau 9.32 Uhr, Frauenfeld 9.12 Uhr, St. Gallen 8.48 Uhr, Lausanne 7.45 Uhr, Luzern 9.10 Uhr, Schaffhausen 9.09 Uhr, Bellinzona 7.23 Uhr (Umsteigen in Arth-Goldau)

Vom Hauptbahnhof zu Fuss durch die Bahnhofstrasse. Nach ca. 350 m nach links durch den Rennweg bis zur höchstgelegenen Stelle beim Rest. «Kindli» (ca. 250 m), dort nach links ansteigend durch die Pfalzgasse auf dem Lindenhof.

Autofahrer können ihr Fahrzeug im Urania-Parkhaus (unmittelbar neben dem Lindenhof) abstellen. In die City fahren, dem Parkleitsystem folgen. Neben dem Parkhauseingang befindet sich das «Heimatwerk». Von dort zu Fuss ansteigend durch die Schipfe, Oetenbachgasse, Lindenhofstrasse, ca. 150 m zum Lindenhof.

Eine Anmeldung ist nicht nötig.

Auskünfte erteilen: Christoph Spiess (Tel. 044 462 33 47, am Festtag 079 606 96 93), Ueli Brassler (Tel. 079 307 59 23).



Plakate, Kleber und Abstimmungszeitung

Ich bestelle:

gratis

- _____ (Anzahl) Plakate Format A2 (Klein-Plakat)
 _____ (Anzahl) Plakate Weltformat F4 (Gross-Plakat)
 _____ (Anzahl) Kleber (gleiches Sujet wie Plakat)
 _____ (Anzahl) SD-Abstimmungszeitung

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____ Telefon: _____

Bitte einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116,
3001 Bern, Telefax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch



Neuer, kleiner und neutraler Kleber

Die Sektion Thurgau hat einen neuen, neutralen, kleinen und doch sehr schönen Kleber. Der passt auf jedes Auto. Bitte nur so bestellen:

Kuvert mit 10 Franken an:

Schweizer Demokraten, SD Thurgau, Postfach 656, 8501 Frauenfeld

Sie erhalten 9 Kleber zugestellt (**bitte Absender nicht vergessen**).

Kuvert mit 20 Franken – Sie erhalten 25 Kleber zugestellt.

Argumente für Ihre Leserbriefe**Nur ein Nein zur Ost-Personenfreizügigkeit sichert unsere Zukunft**

Wir hören, sehen und lesen es tagtäglich. Die EU steckt in einer tiefen Sinnkrise. Die einen wollen nur einen Wirtschaftsraum EU, die andern wollen die Vereinigten Staaten EU. Die Krise der EU ist so gross, dass immer mehr Leute, sogar Ökonomen, laut darüber nachdenken, dass man den Euro wieder abschaffen und die nationalen Währungen wie DMark oder Lira wieder einführen sollte. Unlängst klagte ein Italiener, dass das Leben in Italien mit der Einführung des Euro wesentlich teurer geworden sei. Es müsse bei der Euro-Einführung gross abschöpfende Gewinner gegeben haben, welche bis heute von diesem hohen Preisniveau profitieren. Und das Volk muss demgegenüber darben. Es gibt noch andere Gewinner aus dieser EU-Krise. Beispielsweise unser Land, wenn wir nur klug handeln würden. Mit dem Zerfall der Euro-Währung steigt der Wert des Goldes. Wie dumm müssen da der Schweizer Bundesrat und alle vier Regierungsparteien wohl sein, dass sie die Politik des steten Abbaus und der Verschacherung unserer Goldreserven weiterhin unterstützen. Ich sage es heute ganz deutlich und laut vernehmbar: Je mehr Gold unsere Nationalbank behalten wird, umso wirtschaftlich stärker und unabhängiger stehen wir als Land da. Deshalb sollte man mit den Goldverkäufen schleunigst aufhören!

In eine zerstrittene Organisation geht man nicht!

Und diesem zerstrittenen Europa will uns der Bundesrat mit der Ost-Personenfreizügigkeit näher bringen. Nach wie vor hat unser Bundesrat das EU-Beitritts-gesuch in Brüssel liegen. Das bedeutet, dass uns die EU-Ost-Personenfreizügigkeit einen Schritt näher zum EU-Beitritt brächte. Allerdings taktiert der Bundesrat momentan mit allen Regeln der politischen Kunst. Neuerdings überlegt er gar, ob man mit der EU ein Rahmenabkommen machen könne. Ziel eines solchen Abkommens wäre es, dass unser Land in bilateralen Fragen ein grösseres Mitwirkungsrecht erhalte. Das ist alles Taktik. Er wird

dies dem Stimmvolk in den kommenden Wochen verkünden, um so sein Beitritts-gesuch «abzuschwächen» und einige Zweifler auf seine Seite zu ziehen.

Der Bundesrat wird wohl sagen, dass nach einer Zustimmung zur Ost-Personenfreizügigkeit das Beitritts-gesuch zurückgezogen werden könnte – zugunsten eben dieses neuen Abkommens. Aber wir wissen, dass solche bundesrätlichen Versprechen (siehe Einwanderungs-Stabilisierungslüge!) nichts wert sind. Schon morgen würde es wieder anders tönen.

Die Missbrauchs-Lüge

Am 1. April (nomen est omen) verkündete Bundesrat Joseph Deiss, dass es fast keine Missbräuche gebe seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit den «alten EU-Ländern» vor einem Jahr. Die sogenannte «flankierenden Schutzmassnahmen» würden dafür sorgen. Auch das stimmt offensichtlich nicht und ist schlicht gelogen! Denn die Wirklichkeit sieht anders aus. Der Verein Baustellenkontrolle Basel (BASKO) hat nach vier Monaten Kontrollen eine negative Bilanz gezogen (Mitteilung vom 25. Mai 2005): Bei 37 Kontrollen in Basel fand er in 21 Fällen Verstösse. Meist hätten Arbeitgeber von aus dem EU-Ausland entsandten Personen die hiesigen Mindestlöhne nicht eingehalten. Die Unregelmässigkeiten auf 60% der kontrollierten Baustellen zeigen, dass die sogenannte «flankierenden Massnahmen», welche unser Land und unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Sozial- und Lohndruck schützen sollten, rein gar nichts nützen. Für die obgenannten Verstösse wurden (insgesamt) Bussen von rund Fr. 12 000.– ausgesprochen – lächerlich tief und nichtsnutzend sind derartig minime Bussen. Und die Gewerkschaften Unia und Syna, welche diese Kontrollen machten, sagen selber, dass die Kontrollen kaum etwas nützten und man zu wenig Kontrolleure habe.

Übrigens: Diese beiden Gewerkschaften kämpfen – fast schon schizophren – für ein Ja zum freien Personenverkehr!

Schweiz lockt mit hohen Löhnen

Die «SonntagsZeitung» listete auf, was man so in der Schweiz verdienen kann: Als Verkäuferin etwa umgerechnet 2319 Euro statt 1370 in Westdeutschland. Ein Koch kommt in der Schweiz auf 2270 Euro im Monat, in Westdeutschland sind es nur 1535, in Ostdeutschland gar nur 1338 Euro. Und ein Bäcker bringt es in der Schweiz auf 2155 Euro, in Westdeutschland hätte er 1516 und in Ostdeutschland 1188 Euro verdient. Die Arbeitslosenquote in der Schweiz liegt derzeit bei für das Land ungewöhnlich hohen 3,7 Prozent, doch es fehlen Fachkräfte.

Gewerkschaften warnen vor Lohndumping

Zwar sind in der Schweiz die Lebenshaltungskosten höher, dafür aber die Steuern niedriger. Felix Sigrist vom Stellenvermittler Manpower in Zürich, der in Ostdeutschland Arbeitskräfte für Schweizer Firmen sucht, spricht denn auch davon, dass «die Augen leuchten, wenn ich von Schweizer Löhnen erzähle». Der Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Serge Gaillard warnt trotzdem davor, dass die Deutschen in der Schweiz ausgenutzt werden. «Deutsche Arbeitskräfte sind zum Teil bereit, eine Stelle zu tieferen Löhnen anzunehmen, als sie bei uns üblich sind.» Im Übrigen stünden die Unterschiede nur auf dem Papier. Deutsche könnten sich von ihren Löhnen wegen der tieferen Preise in Deutschland genau so viel kaufen wie die Schweizer, und die Lohnnebenkosten seien in Deutschland höher. Die Gewerkschaften und der KV sind also bereit, unsere eigenen Interessen der Personenfreizügigkeit zu opfern.

Economiesuisse: Nötigung!

Der «Sonntags-Zeitung» vom 26. Juni 2005 kann man entnehmen, dass die Wirtschafts-Organisation Economiesuisse ein «Fabrikznüni» gegen das «Buurezmorge» plane. Diese Wirtschaftsorganisation will am 27. August 2005 die Belegschaften vieler Firmen in den Abstimmungskampf für die Personenfreizügigkeit schicken. Die «Sonntags-Zeitung» schreibt dazu: «Als Höhepunkt organisiert der Verband am 27. August, einen Monat vor der Abstimmung, den 1. nationalen Fabrikznüni: Schweizweit sollen Unternehmen ihre Tore für die Bevölkerung öff-

nen, einen Imbiss servieren und am eigenen Beispiel die Notwendigkeit und Nützlichkeit der bilateralen Verträge erläutern.» Das grenzt unserer Meinung nach schon an versuchten Stimmenkauf. Zum «Buurezmorge» gehen die Leute freiwillig. Aber wie sollen sich Gegner des freien Personenverkehrs in ihrer Firma von diesem Anlass «ausklinken», ohne dass sie gegenüber ihrem Arbeitgeber in ein schiefes Licht geraten und allenfalls sogar Nachteile zu gewärtigen haben? Dagegen müssen wir etwas unternehmen. Denn damit setzt man Angestellte unter massiven undemokratischen Druck. Das grenzt an Mobbing und Nötigung. Sehr viele Leute werden sich nicht mehr frei fühlen, wenn die Wirtschaft solche Aktionen durchführt.

Die JSD machten ein gutes Flugblatt für die Lastwagenfahrer: «Gefahr für unsere Arbeitsstellen!»

Am 25. September 2005 findet die Abstimmung über die Ausdehnung des freien Personenverkehrs mit Osteuropa statt. Schon heute werden wir von ausländischen Lkw-Fahrern konkurrenziert und in der Arbeits- und Lohnpolitik (wie bei den Lokführern, Lehrern und Ärzten) unter Druck gesetzt.

Wenn wir unsere Arbeitsstellen neu auch gegen Polen, später Rumänen und auch Türken usw. verteidigen wollen, müssen wir am 25. September NEIN stimmen.

Wir sagen Nein zu Mehrverkehr mit Fahrzeugruinen aus den zusätzlichen Oststaaten!

Wir sagen Nein zu verstopften Strassen – verursacht durch EU-Mehrverkehr!

Wir sagen Nein zu mehr Arbeits- und Lohndruck.

Wir sind die Versorger der Nation und wollen am Abend zu vernünftigen Zeiten und mit fairen Löhnen bei unseren Familien zu Hause sein.»

Man sieht, dass die Argumentenvielfalt gegen die EU-Ost-Personenfreizügigkeit sehr gross ist. Gehen wir alle ans Werk und schreiben Leserbriefe. Lassen wir uns auch nicht entmutigen, wenn nicht alle Leserbriefe abgedruckt werden.

Rudolf Keller,
SD-Landrat / e. Nationalrat



«Knuddelbäriger» Schweizer Demokrat

freut sich auf eine attraktive Sie.

Nur wer wagt, kann gewinnen!

Telefon 051 281 44 83 (ab 11 Uhr)

**Kanton St. Gallen****Ausflug der SD-Sektion Wil auf den Oberen Zürichsee**

Bei angenehmem Wetter und ruhigem See veranstalteten die Schweizer Demokraten der Sektion Wil und Umgebung ihren traditionellen Jahresausflug – diesmal auf dem Oberen Zürichsee.

Über dreissig Personen nahmen an dieser dreistündigen Schifffahrt teil, die von Schmerikon dem rechten Ufer entlang zum Schlösschen von C. G. Jung, am idyllisch gelegenen Bolligen vorbei nach Hurden führte, dann unter dem Seedamm durch zu den Inseln Ufenau, Lützelau in die Bucht von Rapperswil, mit dem herrlichen Panorama

vom Schloss und der Pfarrkirche St. Johannes. Weiter gings wieder unter dem Seedamm dem Naturschutzgebiet entlang nach Lachen. Von dort flankiert vom Unteren Burchberg zur Einmündung des Linthkanals in den Zürichsee, und wieder zurück in den Hafen von Schmerikon.

Nicht vergessen wollen wir die Krönung der Schifffahrt, das herrlich mundende Mittagessen an Bord der «Seestern». Dafür gebührt der ganzen Crew und dem Schiffsbetrieb Rickli ein herzliches Dankeschön.

«Spinnt er, der Franz Jäger?»

Diesen Ausspruch habe ich aus den Asterixbüchern entliehen, wo Obelix jeweils «die spinnen, die Römer» sagt. Der ehemalige langjährige Nationalrat des Landesrings (LdU), Franz Jäger, behauptet laut Zeitungsberichten doch tatsächlich, dass die Osterweiterung der Personenfreizügigkeit keine «nennenswerte Zuwanderung» in die Schweiz bringen wird. Von der Wirtschaft versteht der Wirtschaftspräsident Jäger der Handelshochschule St. Gallen sicher bedeutend mehr als ich (ich hoffe es wenigstens), aber von Logik hält er offenbar nicht viel. Jedes Kind weiss, dass Wasser herunter fliesst, wenn man bei einem Damm die Schleusen öffnet, und jedes Kleinkind weiss, dass umso mehr Wasser aus einem Wasserhahn fliesst, je stärker man den Hahn aufdreht. Nur beim freien Personenverkehr scheint diese Tatsache – welch ein Wunder – nicht

zu stimmen. In diesem Zusammenhang habe ich in der Aargauer Zeitung vor einiger Zeit etwas «Herrliches» gelesen. Es wurde beschrieben, wie 1947 die ersten «Gastarbeiter» massenweise aus Italien nach Baden kamen, geholt von der BBC (von wem denn sonst?). Die Schweizer hätten sich «irritiert» gezeigt. Sie befürchteten, die ausländischen Arbeitskräfte würden die Löhne drücken. Laut Zeitungsbericht habe die BBC-Direktion die Bevölkerung beruhigt (Zitat aus der AZ): «Sobald der Mangel an Arbeitskräften behoben ist, werden die Ausländer wieder nach Hause zurückkehren. Der Zuzug fremder Arbeitskräfte ist eine vorübergehende Erscheinung» Wahrscheinlich kann heute kein Mensch sagen, wie oft das Schweizer Volk seither in gleicher Weise belogen und betrogen worden ist.

Dragan Najman, Baden

Stimmen aus England und den Niederlanden

Nach dem Nein der Franzosen zur EU-Verfassung habe ich am französischen Staatsfernsehen TF1 folgende Feststellungen aus Grossbritannien und den Niederlanden gehört. Die Zeitung «Sunday Express», die eine Auflage von sechs Millionen Exemplaren hat, soll laut TF1 geschrieben haben: «Franzosen, danke, Ihr habt uns vor der EU gerettet!» Und Hollän-

der, die noch vor der Abstimmung in den Niederlanden von TF1 befragt worden sind, haben am Fernsehen ausgesagt: «Die EU wird von Deutschland und Frankreich beherrscht, da haben Kleinstaaten wie die Niederlande nichts zu sagen. Ich werde deshalb sicher «Nee» stimmen, was dann ja auch eingetroffen ist. *D. Najman*

Den Ost-Zuwanderungs-Befürwortern in die Karten geschaut**Mangel an Fachkräften?**

Die Befürworter der «Personenfreizügigkeit» behaupten, dass der Schweiz Fachkräfte fehlen, und wir deshalb auf die Einwanderer angewiesen sind. Dazu ein Beispiel welches das Gegenteil beweist. Ein Unternehmen in Zürich schreibt am 14. Juni 2005: Auf unser Inserat für eine Buchhaltungsstelle sind über 250 Bewerbungsdossiers eingegangen. Wir haben nicht umsonst 150 000 Arbeitslose und rund 250 000 Stellensuchende in der Schweiz.

Taktik der Gegner

Gemäss Sonntagszeitung vom 26. Juni 2005 wollen die Befürworter der «Personenfreizügigkeit», dass sich Herren wie Vasella und Ospel aus dem Abstimmungskampf heraushalten. Diese gelten im Volk als Abzocker und gelten deshalb als Negativ-Werbung. Für einmal ein kluger Entscheid. Aber man sieht daraus die Unehrllichkeit.

Mit Speck fängt man Mäuse

Wiederum stand in der Sonntagszeitung, dass die Industriellen vor der Abstimmung am 25. September 2005 den Arbeitnehmern einen Fabrikznüni offerieren wollen. Es ist nicht bekannt, ob dies Kaviar-Brötli sein sollen. Jedenfalls ist den Profiteuren des «Personenfreizügigkeits-Abkommens» jedes Mittel recht. Früher nannte man dies «Brot und Spiele», um das Volk bei guter Laune zu halten.

Verweigerung

Ebenfalls Ende Juni 2005 verweigerte der Textil-Industrielle und Economie-Suisse Präsident Ueli Forster der Blick-Zeitung die Türen zu seinem Unternehmen in St. Gallen zu öffnen. Es ist der gleiche Ueli Forster, der am 25. September 2005 an vorderster Front für eine offene Schweiz wirbt. Offenheit und Transparenz gilt offenbar nicht für ihn.

Wachstum

Der «Schnorri»-Professor Franz Jäger aus St. Gallen meint, dass die Personenfreizügigkeit mehr Wachstum bringt. Nicht gesagt hat er, dass vor allem die Arbeitslosigkeit wachsen wird. Dass die Umwelt durch mehr Einwanderung belastet wird, sollte auch dem «grünen Franz» einleuchten.

Interessante Leute

Konrad Hummler, Bankier in St. Gallen meint, die Schweiz brauche eine globale Einwanderungspolitik. Sie soll möglichst viele interessante Menschen in unser Land locken. Die Antwort, was mit den weniger interessanten Schweizer geschehen soll, die blieb er schuldig. Offensichtlich ist er der Meinung, dass wir dafür das Arbeitslosenamt und einen gut ausgebauten Sozialstaat haben.

Träumer

Die Linken und die Gewerkschaftsbosse träumen von flankierenden Massnahmen. Sie vergessen, dass bei einem freien Wettbewerb, wie es der freie Personenverkehr bringt, Lohndumping und Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt in der Praxis nicht zu vermeiden sind. Zudem sind die sogenannten flankierenden Massnahmen befristet.

Tatsache

Gerade die Genfer, die bisher begeisterte EU-Fanatiker waren, fürchten sich vor dem freien Personenverkehr. Gemäss neusten Umfragen wollen die Genfer die Personenfreizügigkeit am 25. September 2005 ablehnen. Diese haben aus den schlechten Erfahrungen mit den Grenzgängern dazu gelernt.

Schlussfolgerung

Die Befürworter, Industrielle, EU-Turbos und blinde Politiker haben das Geld.

Wir Schweizer Demokraten haben die klaren Argumente und werden deshalb die Abstimmung am 25. September 2005 gewinnen.

Kurt Koller, Lichtensteig

Haben Sie Ihre Leserbriefe gegen die EU-Ost-Personenfreizügigkeit schon geschrieben?

Auch im Juli und August läuft die Meinungsbildung auf Hochtouren.

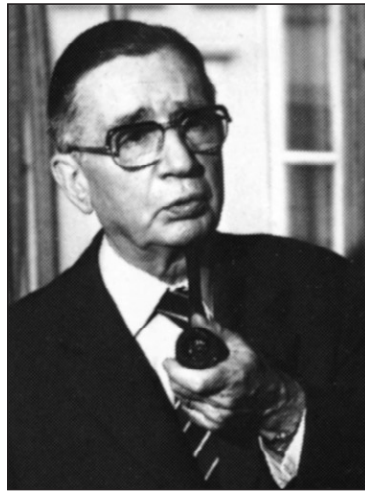
Argumente finden Sie in dieser Zeitung oder unter

www.schweizerdemokraten.ch

James Schwarzenbach – Kämpfer für das Volk

Echo auf den Artikel im St.Galler «Tagblatt» vom 3. Juni 2005: «Ein Einzelgänger wühlt das Volk auf»

Ein echter Blickfang ist der Artikel über James Schwarzenbach, den «Einzelgänger», der die Schweiz aufgewühlt hat. Der Titel stimmt insofern, als Schwarzenbach der Fels in der Brandung war, die im Volk wogte, genährt durch die enorme Einwanderungswelle, welche die Wirtschaft wegen der angeheizten Hochkonjunktur veranlasst hatte. Das Volk war erschreckt, verunsichert und fühlte sich bedrängt, woraus eine natürliche Abwehrhaltung entstand. James Schwarzenbach ist nicht alleine dagestanden auf weiter Flur, sondern er war der erste Nationalrat der «Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» gekürzt NA, heute in «Schweizer Demokraten» umbenannt. Es wundert mich, dass seine Parteizugehörigkeit im Artikel mit keinem Wort erwähnt wird. Man erinnert sich, dass während



Die SD sind die Erben von Schwarzenbachs Gedankengut

des ganzen Kampfes um die Überfremdungsinitiative sowohl die SVP wie auch alle anderen Parteien, die Medien und die Wirtschaft Gift und Galle auf die NA und James Schwarzenbach spuckten. Zudem hat die SVP bei sämtlichen Überfremdungsinitiativen

die NEIN Parole herausgegeben, im Kanton St. Gallen sogar für den arbeitsfreien 1. August ein klares Nein, natürlich, weil die Initiative von uns kam.

Im Satz des Artikels von Herrn Rolf App: «Zur heutigen SVP führt auch die Spur von Schwarzenbachs national konservativem Gedankengut» wird auf die Tatsache hingewiesen, dass über zwei Jahrzehnte später die gleiche SVP mit Christoph Blocher nach und nach dieses Gedankengut an sich riss.

«Ghaue oder gschoche», sagte sich der Vorstand der Nationalen Aktion unter James Schwarzenbach, das Volk soll entscheiden, und so kam es zur Überfremdungsinitiative. Leider haben zu viele im Volk, wie auch bei allen anderen Überfremdungsinitiativen, den Beteuerungen des Bundesrates geglaubt, er werde die Zahl der Ausländer stabilisieren und der ganzen Angstmacherei über den wirtschaftlichen Ruin geglaubt. Die Initiative wurde abgelehnt, aber mit einem unerwartet hohen

Ja-Anteil. Schwarzenbach war ein brillanter Redner und hoch korrekt, fand immer sofort den Draht zum Volk, auch zur Arbeiterschaft, die ja den Hauptharst der NA (und der SD) ausmachte und noch ausmacht. In sozialen Fragen unterstützte sie oft die Linken, wo es aber um die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Schweiz ging, da waren sie Patrioten und standen dazu. Es ist falsch zu behaupten, die Ausländer seien sein einziges Thema gewesen, sondern die Konsequenzen der massiven Überfremdung (riesige Überbauungen, Landschaftsverlust oder der Gewässerschutz) zu einer Zeit, da Umweltschutz bei allen anderen Parteien kein Thema war, waren seine grossen Sorgen und diejenigen der Nationalen Aktion, der heutigen Schweizer Demokraten, dies seit unserem ersten Parteiprogramm aus dem Jahr 1963 und so heute.

Roland Uhler,
SD-Präsident St. Gallen,
Alt Schul- und Gemeinderat

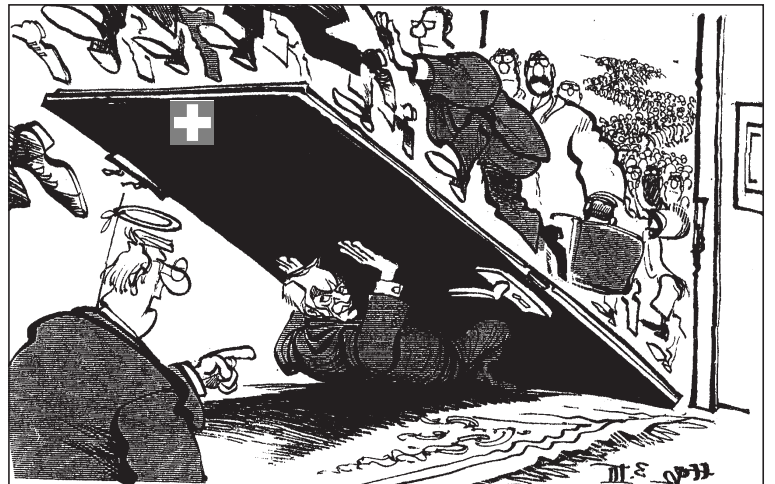
Treten Sie wie Rudolf Keller auch aus dem KV aus!

In seinem Brief schreibt Rudolf Keller:

Mit Überraschung und Wut habe ich zur Kenntnis genommen, dass der KV die Ja-Parole zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die Ost-EU-Länder empfiehlt. Ich frage mich allerdings, wer in wessen Namen dieses Ja beschlossen hat. Grossspurig wurde an der heutigen gewerkschaftlichen Pressekonferenz bekannt gegeben, dass die Ja-Parole im Namen von rund 850 000 gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern herausgegeben werde. Es ist wohl wie beim Schengen-Vertrag, wo die «Polizei- und Grenzoberen» bekannt gaben, dass alle Grenzer für dieses Abkommen seien. In Tat und Wahrheit waren aber sicher mehr als die Hälfte dagegen. Ich habe in den letzten Tagen mit vielen Leuten im kaufmännischen Bereich gesprochen. Und grösstenteils bekomme ich die Antwort, dass man im September Nein stimmen wolle zur Personenfreizügigkeit. Sie haben ja nicht einmal den Mut, Ihre Mitglieder wirklich und seriös zu befragen, denn dann müssten Sie mit Sicherheit feststellen, dass Sie kaum eine Mehrheit im Rücken haben. **Die Ost-Personenfreizügigkeit wird uns Einheimischen**

und den schon länger in unserem Lande arbeitenden Ausländern noch mehr Konkurrenz bringen. Anschauungsunterricht haben wir in Deutschland. Sie können als KV oder Gewerkschaften Parolen herausgeben wie Sie wollen, unser Volk sieht in den deutschen Fernsehsendern tagtäglich, wie sich die Ost-Personenfreizügigkeit negativ auf Deutschland auswirkt. Lohn- und Arbeitslosigkeit ist die Folge. Und wir in der Schweiz sollen ins gleiche Verderben rennen? Nein danke. **Ich bin nicht mehr bereit, mit meinen Mitgliederfranken eine solche Politik zu stützen.** Unser Volk wird Ihnen, trotz Millionenkampagne nicht folgen. Und recht hat es. Als Arbeitnehmer fühle ich mich von Ihnen nicht mehr vertreten. Deshalb erkläre ich per sofort den Austritt aus dem KV. Es muss nun ernsthaft überlegt werden, welche die Interessen der Einheimischen noch vertritt!

Mit freundlichen Grüssen
Rudolf Keller, KV-Veteran



«Schämen Sie sich, das ist ja eine ausländerfeindliche Haltung!»

Götzengebet

Erhabener Moloch, erhör unser Flehn,
lasse den Fortschritt nicht stille stehn,
gib Häuser und Strassen von Genf bis nach Chur,
dazu noch ein bisschen Infrastruktur!

Du siehst uns, Erhab'ner, zum Opfer bereit.
Wir opfern dir täglich seit längerer Zeit
das Kostbarste, was unsrem Volke gehört:
den Boden, die Erde, die uns ernährt.

Wir opfern an Siedlungs- und Strassenrand
dir täglich fast vierzig Jucharten Land,
ein grosses, ein stattliches Bauerngut!
Es gibt keinen Zweiten, der so etwas tut!

Erhabener Moloch, nimm's gnädig an.
Und wenn du's genommen – erkläre uns dann,
wovon wir auf betongepflasterten Schollen
im Fall eines Falles noch leben sollen!!

Todesanzeige

In tiefer Trauer bringen wir Euch zur Kenntnis, dass das langjährige Mitglied des ZV und der Geschäftsleitung der NA

Dr. Rudolf Frauenfelder

Physiker

geb. 7.12.1936 – verst. 11.6.2005

unerwartet verschieden ist.

Nach jahrelangem, tapferem Kampf gegen seine Krebs-Erkrankung musste er schliesslich die übermächtige Kraft der tödlichen Krankheit anerkennen.

Eine kraftvolle Persönlichkeit ist von uns gegangen.

Dr. Frauenfelder besass ein grosses Wissen, hatte ein unbestechliches Urteil und die Kraft, gemäss seiner Einsichten zu handeln.

Die Abdankungsfeier fand am Dienstag, 21. Juni 2005 in der Schlosskirche Spiez statt.

Traueradresse: Christine Frauenfelder,
Schloss-Strasse 11, 3700 Spiez

Im Sinne des Verstorbenen, der ein grosser Naturfreund war, kann man der Vogelwarte Sempach, PC 40-24940-7, gedenken.

*Für die Geschäftsleitung der Schweizer Demokraten
Nationalrat Bernhard Hess, Zentralpräsident*

Bekommt der Bundesrat Kulturbeiträge?

Oder wie kommt es, dass sich der Bundesrat bei den Lügner, welche laut Frau Ferrero-Waldner zur Abstimmung doch die Wahrheit gesagt haben, nicht entschuldigt? Fehlt es uns am Zuhören oder am Kombinieren? Es wurde tatsächlich immer betont: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen dem Schengener Abkommen und der Personenfreizügigkeit, aber wehe, wenn die Menschen nicht «Ja» stimmen! Genauso tönte es mit der Sicherheit durch Schengen. Das Abkommen soll nicht angewendet werden, wenn es darauf ankommt, zum Beispiel bei Fussballspielen, Prinzenhochzeiten usw. Aber auch dies sollte das Volk übersehen und überhören.

Nun kommt Frau Ferrero-Waldner und zupft uns am Hintern ein Haar aus – und siehe da, wir bekommen das Augenwasser, besonders, wenn wir an dieser Stelle schon etwas wund sind. Somit ist die Verbindung, beziehungsweise der Zusammenhang beim Körper wie in der Gesellschaft bestätigt.

Die Schweiz bezahlte für Fehler, welche andere vor mehr als 60 Jahren begingen.

Habe ich es nun richtig verstanden: Verbrechen und Schweinereien sind erlaubt, man entschuldigt sich nur für Folgefehler, oder wenn man nichts von Kultur versteht?

*Hermann Wyss-Meier,
Schneisingen*

Zu hohe Ozonwerte

Mit allen möglichen Ideen versucht man, Autofahrer zu ermuntern, den Wagen stehen zu lassen, um die hohen Ozonwerte zu senken. Eine gute Sache scheint mir, Fahrausweise abzugeben und eine Sternkarte zu fassen. Gleichzeitig wird aber der private Verkehr massiv gefördert. In Goldwil wird neuerdings das «Thuner Tagblatt» mit einer Frühzustellung, das heisst gegen sieben Uhr morgens zugestellt. Für die meisten Pendler sowieso zu spät, denn die sind um diese Zeit schon längst unterwegs. Neu sollen jetzt auch noch die undressierten Drucksachen von einer Privatperson gebracht werden. Mit dem offiziellen «Pöstler» und noch etwa drei bis vier privaten Paketzustellern kommen die Goldwiler täglich auf sechs oder gar sieben

Boten, die mit einem Auto vorfahren. Wohlverstanden fahren die privaten Paketboten zum Teil nur mit einem kleinen Päckli nach Goldwil. Wann endlich hört dieser ökologische Blödsinn auf? Wann endlich werden die Politiker wach? Täglich hört man über das Radio Meldungen über stockenden Kolonnenverkehr und Stau, aber weiterhin wird der unnütze Privatverkehr mit allen Mitteln vorangetrieben. Arbeitsplätze werden dadurch praktisch keine gewonnen, denn die meisten Jobs dieser Art sind Teilzeitarbeit, die im Stundenlohn bezahlt werden. Damit fallen den Arbeitgebern hohe Kosten wie Sozialleistungen und Krankengelder weg.

*Christian Jungen,
Gemeinderat, Präsident
SD Thun und Umgebung*

Wachstumsgläubige Wirtschaftslobby

Auch der Bundesrat gibt sich der Illusion hin, dass die Umweltziele durch eine CO₂-Abgabe oder den Klimarappen erreicht werden könnten, anstatt durch eine restriktive Einwanderungspolitik die wesentliche Ursache für die Probleme anzugehen. Eine jährliche Immigration von aktuell 50 000 Personen verursacht 2000 ha Landverschleiss und eine Zunahme von 25 000 Fahrzeugen mit einer entsprechenden Menge Abgas! Die gravierenden Folgen auf die Umweltqualität durch die masslose Einwanderung der verflochtenen Jahrzehnte wurden ignoriert.

Ausser Acht gelassen wurden bei einer allfälligen Annahme der Vorlagen auch die Auswirkungen auf die einheimische Bevölkerung: die ethnische und religiöse Unterwanderung, Lohndumping, steigende Wohnkosten, sinkender Bildungsstand, zunehmende Kriminalität und Verkehrsdelikte.

Daraus ergibt sich die Folgerung: Die Verlautbarungen des Bundesrates und der angeführten Parteien zum Umweltschutz – dazu gehört paradoxerweise auch die UGS – sind unglaubwürdig, sie vertreten vielmehr die Interessen einer wachstumsgläubigen Wirtschaftslobby.

Werner Grob, Jona

Der Leser hat das Wort



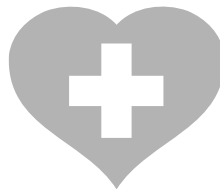
In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Naiv oder Verräter

Die Gewerkschaftsbosse behaupten, die Ost-Personenfreizügigkeit diene dem Schutz der Arbeitnehmer. Damit stellen sie die Tatsachen auf den Kopf. Die Öffnung des Arbeitsmarktes nach Osten ermöglicht es den Arbeitgebern überhaupt erst, uns die Löhne immer mehr zu drücken. Die «flankierenden Massnahmen» mögen zusätzliche Gewerkschaftsfunktionäre ernähren. Im Übrigen sind sie aber nur ein hilfloser Versuch, den Lohndumping-Schaden zu begrenzen.

zen. Auch mit noch so vielen «Inspektoren» bleibt es unmöglich, zigtausend Betriebe punkto Lohndrückerei wirksam zu kontrollieren. Gegenüber Lohndumpfern aus dem Osten, die ihre Dienste als «Selbstständigerwerbende» anbieten, versagt ohnehin jede Kontrolle. Sind die Gewerkschaftsbosse wirklich so naiv oder verraten sie die Arbeitnehmerschaft ganz bewusst?

Christoph Spiess, Zürich



Non à la libre circulation des personnes de l'Est



Bernhard Hess,
Conseiller
national,
président DS,
Berne

La libre circulation des personnes menace notre prospérité

et est synonyme d'immigration libre. Si nous étendons la libre circulation des personnes aux dix nouveaux Etats membres de l'UE, il n'y aura plus de frein à l'immigration de l'Est. Il faudra également l'étendre à la Roumanie, à la Bulgarie, aux Balkans et à la Turquie lorsque ces pays auront adhéré à l'UE. Il s'ensuivra une immigration encore plus massive, notamment d'individus qu'il sera quasiment impossible d'intégrer.

Non à la sous-enchère salariale et à l'asphyxie des PME!

L'afflux de main d'œuvre étrangère bon marché menace la prospérité, l'emploi et la paix du travail. La libre circulation des personnes de l'Est rendrait nos entreprises (PME) encore moins compétitives. Pour soutenir la concurrence et les prix cassés de l'UE, les patrons suisses, le couteau sur la gorge, devraient rogner sur la qualité du travail et des matériaux et surtout sur les salaires. L'image de marque de la Suisse en pâtirait.

Non à la recrudescence du travail au noir

Les mesures d'accompagnement ne servent à rien. La bureaucratie nuit à la compétitivité. Les salaires minimaux sont une farce, puisque n'importe quel immigrant peut se prétendre indépendant et contourner ainsi la loi. Le 3 décembre 2004, les syndicats suisses ont publié une liste d'infractions aux ac-

cords bilatéraux conclus avec les anciens Etats membres de l'UE dans laquelle se côtoient allégrement travail au noir, faux indépendants, salaires horaires de 10 francs inférieurs aux salaires minimaux, abus en matière d'allocations, d'horaire de travail et de logement des travailleurs (condamnés à dormir dans des bâtiments en démolition, sur les chantiers ou dans des caravanes). «Der Spiegel» (n° 17/2005) fait d'ailleurs état de l'imagination sans bornes des fraudeurs. Personne ne peut empêcher un étranger d'entrer sur le territoire national comme indépendant. Voulons-nous vraiment encourager ces abus?

Non au pillage du système social

Selon le «Deutsche Bundesanstalt für Arbeit», 25 000 Allemands ont perdu leur emploi (rien que dans le secteur de la boucherie) à cause de la libre circulation des personnes de l'Est. Sacrifiés sur l'autel du profit et de la main d'œuvre bon

marché, ils sont allés grossir les rangs des chômeurs. Est-ce cela que nous voulons?

L'ouverture des frontières se traduira forcément par un nivellement par le bas en Suisse. La libre circulation des personnes de l'Est aura pour conséquences:

- l'immigration massive de main d'œuvre bon marché, la baisse des salaires
- l'augmentation du chômage (mai 2005: 150'671 chômeurs, 9334 postes vacants)
- une immigration effrénée au péril de notre système social
- moins de prospérité, plus de pauvreté, la délocalisation des entreprises.

La France et les Pays-Bas ont eu le courage de dire non à la Constitution européenne. Nous vous recommandons donc de dire non à la libre circulation des personnes de l'Est, qui ne fait que nous rapprocher de l'adhésion à l'UE!

Le Pileri

10% des requérants reçoivent l'asile

Bernard Ducrest le responsable de l'asile à l'Office cantonal de la population à Genève, reconnaît qu'il y avait à fin mai, 4400 requérants, soit 5,6% du total pour la Suisse aujourd'hui, dont 1300 personnes en attente d'une décision. Les autres ont été refusés (faites le calcul sur 23 cantons et vous comprendrez que les chiffres indiqués par les statistiques sont bidons). Environ 10% reçoivent le statut de réfugiés, il reste donc un 90% que l'on doit entretenir jusqu'à ce qu'ils veuillent bien retourner chez eux. Lorsqu'on sait qu'en 2004, seules 183 personnes ont quitté volontairement la Suisse, à combien se monte ceux qui restent à notre charge? Eh bien! Prenons à Vernier les Tattes un superbe centre d'accueil où la majorité sont des Africains, frappés d'une non entrée on matière, les NEM qui détiennent les sta-

tistiques des demandeurs d'asile, donc une tricherie. Mais le comble c'est l'aide qu'ils reçoivent malgré leur refus de repartir dans leur pays soit: un toit, le bus gratuit, le boire et le manger, un médecin et 451 francs par mois comme argent de poche. Combien de nos working poor, de nos rentiers et de nos handicapés disposent de 450 francs par mois pour leurs loisirs? Et pourquoi ce franc supplémentaire? En faisant l'addition de tous ces cadeaux, ces gens qui ne font rien (sauf dealer souvent) reçoivent en réalité un salaire d'environ 4000 francs par mois. A Genève où nous avons le taux d'occupation le plus haut de Suisse, il y a encore trois foyers semblables à Saconnex, Anières, et Eaux-Vives. Et l'on se demande pourquoi nous avons 13 milliards de déficit, dont 8 milliards imputables à l'Hospice

Général. La cerise sur le gâteau c'est l'extrême bienveillance de nos autorités qui considèrent que ces migrants ayant tout quitté, il faut leur octroyer quelques mois de RE-POS. Ils suivent alors des cours de

français et après trois mois ils peuvent travailler. Là aussi, pourquoi demander la cause du chômage le plus important de Suisse, soit 7,4% alors que la moyenne est de 3,2%? Octopus

Genève veut conserver le Bureau des Droits de l'Homme

L'ONU étant sous les feux de la rampe à la suite d'un réveil tardif contre le scandale iraquien «Pétrole contre nourriture» il y a de la rénovation dans l'air et naturellement l'ONU c'est bien sûr aussi les Droits de l'Homme. Or, les pays arabes font partie de l'ONU et cela les dérange grandement, car ils ont leur propre charte faisant partie de la déclaration universelle en version islamique en contradiction absolue avec ces droits, dont voici quelques extraits: «Les musulmans ont l'obligation de faire parvenir à tous les humains l'invitation à embrasser l'islam.

(...) Tout individu a le droit de demander à être jugé conformément à la loi islamique, à l'application de celle-ci à l'exclusion de tout autre.

(...) Nulle accusation de crime ne saurait être établie à moins qu'un texte de la loi islamique ne le stipule.

(...) Le statut religieux des minorités est régi par le principe coranique général».

Sans commentaire.

Maria de Seimners

Où va l'euro?

Vous souvenez-vous d'un article écrit il y a quelques années dans lequel j'émettais des doutes sur la viabilité de cette nouvelle monnaie parce qu'il est quasi impossible de jouer à la bourse ou autres jeux d'argent, sur un territoire où règne la concurrence, les magouilles, les taux de change incompatibles, des impôts disparates et des lois financières aux antipodes les unes des autres. Il n'y avait à l'époque que

12 pays concernés. Aujourd'hui ils sont 25, demain 27, dont plus de la moitié sont très pauvres. Entre temps, les pays riches fondateurs ne tiennent pas leurs engagements maastrichiens et leur déficit ne cesse d'augmenter. Le taux de croissance espagnol est de 3% alors que la France affiche un petit 1,2%. L'Allemagne sacrifie sa croissance et admet un chômage de 10%, contre 4,5% pour l'Irlande. Les

Anglais, les Danois et les Suisses s'en tirent mieux que les autres puisqu'ils ont refusé d'adhérer à cette monnaie. Mais l'Italie demande de revenir à la Lire, l'Allemagne au Mark et les Hollandais se tâtent furieusement. Pendant ce temps les Chinois préparent un sale coup vis-à-vis des USA et les dettes abyssales étasuniennes vont droit dans le mur. Pendant ce temps la BCE se cramponne à sa rigueur monétaire et sa lutte contre l'inflation. Elle oublie tout simplement la politique économique flagellant les membres de l'Union dont la mon-

naie n'avait aucune valeur et qui jouissent maintenant de l'euro comme d'une transfusion apportée par les voisins. Les grands argentiers européens ou qui se disent tels, en lisant ces lignes crient à l'absurdité et à la stupidité et ils ferment volontairement les yeux sur un futur pas très réjouissant. Mais l'UE vacille sur ses bases, il y a des fissures, des contre-vérités, des mensonges et je ne crois pas à la méthode Coué pour se persuader que tout va bien dans le meilleur des mondes.

Charlotte Morel

Le Piloni

CFF non fumeur

Que voilà une bonne chose! Enfin un organisme d'Etat qui comprend que si l'on veut sauver des milliers de cancéreux, et soulager l'angoisse des non fumeurs devant la fumée passive, c'est l'interdiction pure et simple d'une telle pratique. L'interdiction de la publicité pour les cigarettes va dans le même sens et les spots anti-tabac devraient flasher plus souvent sur les écrans au même titre que l'usage du préservatif contre le SIDA. Tout ceci pour m'étonner qu'une telle politique ne s'applique pas au bruit. Un manque de sommeil et une fatigue des tympans sont des atteintes terribles à notre santé et le bruit fait autant de mal, si ce n'est plus au point de vue psychique, que le tabac. Les noctambules, comme les fumeurs, n'ont pas le droit d'imposer à leurs voisins des nuisances dangereuses pour leur santé. Je ne demande même pas d'envoyer ces hurleurs-tambourineurs en pleine campagne, car ce serait infliger aux animaux déjà tellement maltraités une agression inutile.

Quais fleuris

Genève discute pour supprimer les voitures le long de ses quais. On lit de plus en plus de critiques dans les journaux concernant les quais-poubelles surtout après des défilés de tout genre. Beaucoup de touristes s'étonnent des centaines de baraquements qui encombreront les rives du lac. Bref, la réputation de Genève-Internationale en prend un sale coup et son jet d'eau ne fera bientôt plus le poids devant tant de désordre. Lausanne montre l'exemple et se promener le long de ses quais est un pur plaisir. Espérons que les édiles genevois n'attendront pas des lustres pour vraiment réagir. Pour le moment, c'est seulement du bla-bla.

Gaza bientôt gazé

Les colons israéliens se mobilisent pour bloquer la circulation dans les grandes villes d'Israël afin de stopper leur délocalisation. Ils n'ont aucune chance devant le grand projet d'Ariel Sharon qui veut enfermer 1,5 million de Palestiniens derrière une frontière facile à fermer, pour éviter d'y inclure 6000 colons qui ne font pas le poids. Comme quoi les égoïsmes personnels bloquent les plus machiavéliques combines!

Turquie asiatico-musulmane

Et voilà. Malgré le NON des Français et Hollandais à l'Europe, malgré les réticences anglaises, danoises et autres, malgré un constat de faillite concernant le grand traité giscardien, la Commission européenne s'en tient à ses plans d'adhésion de la Turquie dont les pourparlers commenceront le 3 octobre. Les promesses n'étant jamais tenues, la désinformation étant la règle à Bruxelles, faut-il croire à un éventuel refus qui n'interviendrait que dans 15 ans? Les belles promesses rendent les fous joyeux.

L'injustice de la justice

La proposition de Christof Blocher de mettre sous la coupe du département de Justice et police le Ministère public dont dépendent les fonctionnaires judiciaires est une excellente idée. On connaît les dérapages et les non-sens de notre justice, il n'y a qu'à lire les communiqués d'«Appel au peuple» qui dénoncent l'incompétence, la fourberie et les mensonges de certains juges et avocats, conduisant les justiciables à la faillite, au divorce, et au suicide. Beaucoup de passe-droits sont apparus au plus haut niveau de nos tribunaux. Il serait grand temps d'y mettre le holà et notre ministre a certainement la carrure d'un Ange Gabriel.

A Genève-ARLE et la politique

Tant que les membres de l'association ARLE qui défend les notes à l'école accepteront de mêler les politiciens à sa lutte, ils n'arriveront à rien de concret. Preuve en est le désaveu de son ex-président François Truan de droite, qui désirait rester membre actif, mais l'assemblée l'a mis à l'écart en faveur d'André Duval qui est de gauche. Quoique ce dernier assure être apolitique et décidé à défendre les notes à l'école en dehors de toute couleur partisane, il est du même bord que son patron Charles Beer, ce qui fait toute la différence et met en doute sa bonne foi.

L'Europe des patries de Tony Blair

Pour une fois ce cher Tony se démarque des bêlements orchestrés par ses pairs en affirmant que l'Union européenne doit s'en tenir à la conception du général de Gaulle d'une Europe des nations. Evidemment la Grande Bretagne qui a gardé son autonomie monétaire et obtenu des subventions agricoles substantielles n'a aucune envie de se diluer dans la sauce bruxelloise aux relents franchouillards qui présente des velleités d'amalgames différenciés socialo-démocrates, avec la bénédiction de Schröder représentant l'Allemagne. La verte Albion est en train de consolider le mur protecteur qu'elle s'est ingéniée à dresser autour de son île depuis le début des négociations politico-économiques de l'Union. Elle a peur des nouveaux membres et des fantaisies climatiques.

Genève – séance inutile

Endettée, mal fagotée, dirigée par des utopistes et des opportunistes, la ville de Genève n'a rien de mieux à faire que de perdre son temps à

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

fêter le soixantième anniversaire du prix Nobel de la paix, Aung San Suu Kyi, qui termine ses dix ans de résidence surveillée à l'autre bout de la planète. Naturellement, c'est Patrice Mugny le conseiller administratif qui a reçu du président de l'association Suisse-Birmanie, des milliers de cartes postales signées par des citoyens qui adorent perdre leur temps et par conséquent celui de nos édiles. Y aura-t-il un jour un code de discipline politique dans cette ville?

L'argent de la honte

Les USA s'en prennent maintenant au CICR en menaçant cette institution de lui couper les vivres si elle ne cesse pas immédiatement ses critiques les accusant de maltraitance et d'exactions dans ses camps de prisonniers. Pour cette super puissance à la fortune de papier produite par la planche à billets, il est inadmissible d'étaler sur la place publique des situations rendues nécessaires par l'atmosphère délétère qu'elle a elle-même provoquée. *Dan Fata*, conseiller de la majorité pour les questions de sécurité nationale, souligne que Washington étant le plus gros donateur de l'organisation humanitaire qui finance 28% de son budget, soit 1,5 milliard de \$, a le droit d'exiger plus de retenue dans ses communiqués qui donnent «aux terroristes les mêmes droits et privilèges que les soldats américains». Il note que la Croix Rouge n'a pas fait de bruit autour des tortures infligées aux GI's en Corée, au Viet Nam et en Irak. Comme quoi les puissants utilisent l'argent comme arme universelle.

Protection des animaux

Outre le refus de nos conseillers nationaux de diminuer l'usage des animaux pour la vivisection, il y a aussi le retard indûment apporté à la castration des porcelets. L'anesthésie ne deviendra obligatoire qu'à partir de 2009 et pourquoi pas dès demain? Pour ces pauvres bêtes martyrisées, quatre ans c'est une éternité de souffrances supplémentaires, et les initiateurs du référendum «sur la protection suisse des animaux» ont raison de ne pas le retirer. Espérons que les citoyens auront plus de cœur que les gens qu'ils envoient au pouvoir. Il n'est pas étonnant, quand on voit cette indifférence face à la souffrance animale, de constater le refus aux humains malades le droit aux palliatifs immédiats et ensuite à une mort dans la dignité.

Octopus

Impôts à la source

Cette conception discutée il y a plus de vingt ans, revient aujourd'hui sous forme d'adaptation aux conditions inégales instituées entre les couples mariés et les concubins. Il est en effet grand temps d'harmoniser ces ponctions financières qui prétérent de plus en plus ceux qui suivent les traditions familiales. En somme taxer chaque individu séparément revient à peu près à prendre les impôts à la source, mais coûte plus cher. Ce qu'il y a de plus scandaleux dans ces propositions bienvenues, c'est le bémol qui déjà résonne à nos oreilles: «Il faudra dix ans pour faire ce changement.»

Lorsqu'il s'agit d'appliquer certaines décisions qui conviennent à nos autorités, le délai peut diminuer à six mois.

Là aussi il y aurait lieu d'harmoniser les temps d'attente.

La tête au carré

Au cours de l'émission *Mise au point* de dimanche soir 12 juin, quelle ne fut pas ma surprise de me voir apparaître sur l'écran au moment de *la tête au carré* qui se moque grossièrement de quelques personnalités en général mal senties des médias gauchisants de Suisse Romande, avec ce commentaire que j'essaie de me rappeler tellement j'étais époustoufflée «La passionaria de l'ex Action Nationale Mary Meissner qui reconnaît à Jean Ziegler le statut de l'ange Gabriel après lecture de son livre *L'Empire de la honte*». Comme quoi il faut du temps pour se convertir.»

Je suis ravie d'avoir l'honneur de figurer parmi les gens dont on parle et surtout d'être apparue après Bernard Tapie, mais par ma lettre de lecteur parue dans le journal *Coopération*, je ne faisais que rendre à César ce qui est à César. Il n'est pas dans mon intention de retourner ma veste politique, ni de me convertir aux idéaux socialo-mar-

xistes. De toutes façons, il n'y a pas que la gauche qui se penche sur la pauvreté et les exactions scandaleuses dans certaines populations du monde. Il y a déjà deux ans que je dénonçais dans les journaux du *Démocrate Suisse* et du *Militant Paris*, les horreurs commises dans l'arrangement «pétrole contre nourriture en Irak» et que j'accusais l'ONU et les casques bleus à cause de leur incompétence, fornication et magouille à Chypre, au Liban et au Congo. J'ai été ravie que le livre d'Izambar «*Faut-il brûler l'ONU*» paru dernièrement, m'ait donné raison.

Puis-je demander à la télévision Suisse Romande de me présenter des excuses? C'est tellement à la mode de nos jours. Mais je m'en fiche pas mal, ces quelques secondes passeront parmi les inanités médiatiques qui truffent les émissions et que personne n'enregistre et ne retient.

Mary Meissner
P.S. La TV s'ait excusée.

Vote du 25 septembre, attention!

Dans *Coopération* Christophe Aeschlimann écrit que l'on a vécu un instant charnière politiquement important, l'U.E, mais il oublie d'évoquer un autre challenge qui nous attend, le climat. Nous subissons déjà les prémices d'une catastrophe annoncée, la sécheresse, donc un manque d'eau qui pointe au Portugal, en Espagne et dans certaines régions de France.

L'attitude de Tony Blair reflète les angoisses agricoles sur cette partie de l'Europe, puisqu'il demande une remise à plat du calcul des

montants à distribuer aux paysans, car il prévoit que ceux-ci devront prendre en compte les possibilités de productivité, donc de survie des agriculteurs. Si la sécheresse perdure et s'amplifie, doublée d'eaux et de sols pollués, l'équilibre basculera vers les endroits moins atteints, donc les pays de l'Est qui attendent les subventions.

De fil en aiguille, nous arrivons au vote de septembre sur la libre circulation des personnes étendue aux nouveaux membres de l'Union européenne. D'une part il y a la

peur d'une concurrence accrue dans certains secteurs, d'une réduction de main d'œuvre agricole provoquée par le climat et d'autre part la peur d'avoir un retour de manivelle de la part des pays de l'Est épargnés par la sécheresse qui fermeront leurs frontières aux chômeurs agricoles fabriqués par la sécheresse en Europe de l'Ouest. Peut-être y aurait-il lieu de prendre en considération une telle éventualité avant d'aller voter sur cette question?

Mary Meissner, Vernier

Perdre son emploi?

**IMMIGRATION DE L'EST
NON**

Crédit suisse pour des emplois sûrs et des mains-œuvres saines

Bulletin de commande

gratuite

Non à l'immigration de l'Est (libre circulation des personnes)

Nombre	Matériel	Format
_____	Affiche	F4 (89,5 x 128 cm)
_____	Petite affiche	A2 (42 x 59,4 cm)
_____	Feuille volante	A4 (21 x 29,7 cm)
_____	Argumentaire	

Nom: _____ Prénom: _____

Adresse / No: _____

NPA / Lieu: _____ Téléphone: _____

Démocrates Suisses (DS), Case postale, 8116, 3001 Berne,
Téléfax 031 974 20 11, E-mail: sd-ds@bluewin.ch

Personenfreizügigkeit gefährdet unseren Wohlstand

und bedeutet freie Einwanderung. Wenn wir die Personenfreizügigkeit auf die 10 neuen EU-Ost-Staaten ausdehnen, gibt es keine Bremse mehr. Wir müssten auch bei den folgenden EU-Erweiterungen auf Rumänien, Bulgarien, den Balkan und die Türkei die Freizügigkeit gewähren. Eine noch massivere Einwanderung wäre die Folge – neu auch aus dem islamischen Raum! Viele dieser Menschen sind kaum integrierbar.

Nein zu Lohndruck und darbedem Gewerbe

Ausländische Lohndrücker und Billigarbeiter gefährden Wohlstand, Arbeitsplätze und Arbeitsfrieden. Das Gewerbe (KMU) käme mit der Ost-Personenfreizügigkeit unter noch grösseren Konkurrenzdruck. Denn wenn ein Schweizer Gewerbetreibender mit den EU-Tiefstpreisen mithalten wollte, müsste er sparen, schneller und unpräziser arbeiten, billigere Materialien berücksichtigen und vor allem die Löhne drücken, weil ihm wegen der ausländischen Konkurrenz das Wasser bis zum Hals stünde. Die Schweizer Qualitätsarbeit würde leiden!

Nein zu noch mehr Schwarzarbeit

Die sogenannten «flankierenden Massnahmen» nützen nichts. Bürokratie schadet der Wettbewerbsfähigkeit. Minimallöhne können umgangen werden, indem sich die Neueinwanderer als Selbständigerwerbende deklarieren. Die Schweizer Gewerkschaften haben am 3.12.2004 eine Liste von Verstössen gegen die Bilateralen Verträge mit den «alten» EU-Staaten publiziert. Zitat: «Es gibt aber auch Fälle von Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit. In den meisten Fällen werden die Mindestlöhne krass unterschritten, teilweise erhalten die betrogenen Arbeiter pro Stunde bis zu 10 Franken weniger als vorgeschrieben. Missbräuche gibt es auch bei den Zulagen, bei der Arbeitszeit und bei der Unterbringung der Arbeiter, wie das Schlafen in Abbruchliegenschaften, auf der Baustelle oder im Wohnwagen.» Die Zeitschrift «Der Spiegel» (Nr. 17/2005) hat vermerkt: «Der Phantasie der Trickser sind keine Grenzen gesetzt.»

Niemand kann Ausländer daran hindern, als Selbständigerwerbende ins Land zu kommen. Wollen wir bei uns noch mehr solche Zustände?

Nein zur Einwanderung in die Sozialwerke

Laut der «Deutschen Bundesanstalt für Arbeit» verloren innert einem Jahr Ost-Personenfreizügigkeit rund 25'000 Deutsche ihre Arbeit (allein aus dem Metzgergewerbe). Sie wurden durch Billigstlohnarbeiter aus dem Osten schlicht wegrationalisiert. Die Arbeitslosen fielen dann der Arbeitslosenkasse zur Last. Soll das auch bei uns so kommen?

Offene Grenzen haben für die Schweiz zwangsläufig eine Nivellierung nach unten zur Folge. Ost-Personenfreizügigkeit bedeutet:

- Zuwanderungsdruck von billigen Arbeitskräften, tiefere Löhne
- mehr Arbeitslose (im Mai 2005: 150'671, offene Stellen 9334)
- ungebremste Zuwanderung zum Sozialsystem
- weniger Wohlstand, mehr Armut, Abwanderung von Firmen

Frankreich und Holland stimmten mutig gegen die EU-Verfassung. Wir lassen uns nicht unter EU-Erpressungsdruck setzen und sagen Nein zur Ost-Personenfreizügigkeit als Schritt in Richtung EU-Beitritt!

Gewerkschafts- und KV-Skandal!

Hunderttausende von Gewerkschafts- und KV-Mitgliedern bezahlen Beiträge, damit sich diese Organisationen für gute Lohn- und Arbeitsbedingungen einsetzen. Und was geschieht? Sie alle werden

von den Gewerkschafts- und KV-Bossen verraten!

Diese machen mit den Beitragsgeldern Propaganda für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Osteuropa. Sie helfen also den Grösst-Unternehmern, Billigarbeiter aus dem Osten in die Schweiz zu holen und damit uns allen die Löhne zu drücken.

**PERSONENFREIZÜGIGKEIT
NEIN**



**MEHR BILLIGARBEITER
MEHR ARBEITSLOSIGKEIT**

SD 
Schweizer Demokraten

Lesen Sie mehr unter
www.schweizer-demokraten.ch

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrg.: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Tel.: _____

Unterschrift: _____

Einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern, Telefon 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Zeitungsabonnement

«SCHWEIZER DEMOKRAT»
erscheint monatlich
pro Kalenderjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der SD werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Gratis-Probe-Abonnement für 3 Monate/Weitere Informationen
- ____ (Anzahl) Kleber gegen die Ost-Zuwanderung
- ____ Kleinplakate gegen die Ost-Personenfreizügigkeit